

HANNES SWOBODAS
EUROPÄISCHE VISIONEN

Europa 2020 aus sozialdemokratischer Sicht



Impressum

Herausgeber: MEP Dr. Hannes Swoboda,

EU-Delegation der SPÖ

Dr. Karl-Renner Ring 3

1017 Wien, Parlament

Tel. (01) 401 10-3610, Fax (01) 401 10-3737, sonja.kothe@spoe.at

Konzept & Redaktion: Mag. Sonja Kothe

Layout & Druck: Wilhelm Missauer, Susanne Ortner, Grasl Druck und Neue Medien

© Fotos: MEP Dr. Hannes Swoboda, European Community

www.hannes-swoboda.at



INHALTSVERZEICHNIS

HANNES SWOBODA - EUROPA 2020 AUS SOZIALDEMOKRATISCHER SICHT	4	PSE Kongress in Prag.....	21
I. Die Krise der Sozialdemokratie.....	4	Sozialdemokratie, europäische Identität und Islam.....	22
II. Eine neue Sozialdemokratie	7	Es geht um Werte, nicht um Symbole.....	26
III. Europa 2020.....	9	Ein anderes Wirtschaftsmodell - aber welches?.....	28
EUROPÄISCHE VISIONEN - HANNES SWOBODAS INTERNETFORUM	13	Die Sozialdemokratie muss wieder Themen vorgeben	30
Europa 2020. Eine Annäherung aus sozialdemokratischer Sicht.....	14	Die EU-Strategie für 2020.....	33
Visionen für die Zukunft entwerfen.....	15	HANNES SWOBODA'S BLOG	36
Von Obama lernen.....	17	HANNES SWOBODA, JAN MARINUS WIERSMA EUROPE 2020. SOCIAL DEMOCRACY REAFFIRMED	39
Über Gleichheit reden	18		
Zeit zur Freude - Zeit zum Zorn.....	20		

EUROPA 2020 UND DIE SOZIALDEMOKRATIE

VON HANNES SWOBODA

Die vorliegende Broschüre präsentiert einige Diskussionsbeiträge und Kommentare für zwei derzeit noch getrennt geführte Debatten. Die eine bezieht sich auf das EU-Projekt „Europa 2020“. Dabei versuchen Kommission, Parlament und Rat Europa auf das Jahr 2020 vorzubereiten bzw. zu skizzieren, welches Europa wir uns im Jahre 2020 wünschen und



PSE Kongress in Prag

welche Rolle es global spielen kann und soll. Die andere Diskussion ist die, allerdings nur schleppend anlaufende, Debatte um die Zukunft der europäischen Sozialdemokratie. Diese Debatte wurde insbesondere nach dem schlechten Abschneiden der meisten sozialdemokratischen Parteien bei den letzten Wahlen zum EU-Parlament entfacht. Gemeinsam mit meinem früheren Kollegen aus den Niederlanden Jan Marinus Wiersma habe ich Matthias Verhalst gebeten, ein Grundlagenpapier auszuarbeiten. Mit Kati Piri und Hannah Glatz haben wir es mehrmals diskutiert. Es befindet sich in der englischen Originalfassung im Anhang dieses Heftes, das von Sonja Kothe gestaltet wurde. Der Einleitungsbeitrag ist meine Schlussfolgerung und die Kurzfassung des Originalpapiers.

I. DIE KRISE DER SOZIALDEMOKRATIE

Die Sozialdemokratie hat in den letzten Jahren zweifelsohne vielfach an Zugkraft und Sympathie verloren. Nicht überall gab es in jüngster Zeit Wahlverluste – vor allem in Portugal, Spanien und Griechenland gingen die Uhren etwas anders. Aber in Mittel- und Westeuropa gab es zum Teil sehr schmerzliche Verluste, insbesondere im längerfristigen Vergleich. Mit gutem Recht kann man von der Notwendigkeit einer grundlegenden Erneuerung sprechen, will die Sozialdemokratie zu einer führenden Rolle in Europa zurückgehen.

IDENTITÄTSVERLUST

Groteskerweise hat gerade das europäische Engagement dem Image der Sozialdemokratie in den Augen eines Teils ihrer potentiellen WählerInnen geschadet. Denn Europa wurde von vielen unserer WählerInnen mit dem Verlust von nationalen Gestaltungsmöglichkeiten, vor allem auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit und damit mit Einbrüchen in den Wohlfahrtsstaat und den Sozialstaat, gleichgesetzt. Die „neo-liberale“ Strategie der Liberalisierung und der Privatisierung hat in der Tat eine merkbare Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen bewirkt. SozialdemokratInnen haben dem oftmals nichts entgegengehalten bzw. wurden im Zuge des „Dritten Weges“ sogar als eifrige Vollstrecker einer undifferenzierten Liberalisierungsstrategie wahrgenommen.

Dazu ist anzumerken, dass es klar erkennbar auch verkrustete staatliche Strukturen gab – nicht zuletzt in den Verstaatlichten Industrien und auch bei manchen öffentlichen Dienstleistungen. Reformen waren daher notwendig. Aber es ist uns nicht gelungen, eine von den konservativen und liberalen Kräften



Nicht nur Indien wird an Einfluss gewinnen

unterscheidbare Reformstrategie zu entwickeln. Das ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Identitätsverlustes. Hinzu kommt, dass das von manchen herbei beschworene „Ende der Geschichte“ infolge des unwiderruflichen Sieges des Kapitalismus über den Kommunismus die Situation der Sozialdemokratie nicht gerade erleichtert hat. Nun gilt es, wieder zu einer ausbalancierten Position zwischen Marktradikalismus und Staatsinterventionismus zurückzukehren. Denn gerade darum geht es bei der Sozialdemokratie. Sie muss bestrebt sein, Markt und Staat, Freiheit und Regulierung in einer begründbaren Balance zu halten.

KEINE DISTANZ ZU EUROPA

Mit dieser Haltung gilt es auch, das Europa von morgen zu gestalten. In einer global vernetzten und damit auch risikoreicheren Welt muss Europa einerseits wettbewerbsfähig bleiben und andererseits auch bestimmte „Sicherheiten“ bieten. Eine antieuropäische oder europakritische Haltung mag kurzfristig Stimmen bringen, aber hält den Niedergang der Sozialdemokratie nicht auf. China, Indien, Brasilien etc. werden weiter an Einfluss gewinnen, die USA zwar global gesehen an Einfluss verlieren, aber dennoch nach wie vor eine entscheidende Rolle spielen. Jetzt kommt es darauf an, wie sich Europa einbringt: gespalten und zerstritten oder einig und mit einer Stimme sprechend. Nicht der Rückzug aus Europa kann die Antwort auf die Krise der Sozialdemokratie sein, sondern nur ein verstärktes, wenngleich kritisches Engagement in Europa und ein offener Dialog mit den eigenen WählerInnen über die Notwendigkeit und Chancen dieses Engagements.

WARUM HAT DIE SOZIALDEMOKRATIE DIE INITIATIVE VERLOREN?

Wie schon eingangs erwähnt: Auch die Sozialdemokratie bietet kein einheitliches Bild, aber es lassen sich doch – vor allem in den „fortgeschritteneren“ Ländern mit langer sozialdemokratischer Tradition – bestimmte Grundzüge der Entwicklung festmachen.

Erstens haben sich die traditionellen Verbindungen und Loyalitäten gelockert und zum Teil aufgelöst. Das trifft nicht nur Parteien, sondern auch Kirchen, Familienstrukturen etc. Die Sozialdemokratie scheint davon besonders betroffen zu sein, da sie in der Vergangenheit in besonderem Maße von der Wählerloyalität profitiert hat. Die WählerInnen sind aber generell unabhängiger in ihren Entscheidungen geworden, und darauf muss sich die Sozialdemokratie einstellen.

Zweitens sind gravierende gesellschaftliche und kulturelle Veränderungen zu verzeichnen. Der Individualismus hat zugenommen,

die Konsumorientierung und die Zuwendung zur Unterhaltung als eigenständigem „Wert“ haben sich enorm gesteigert – und zwar auf Kosten von Solidarität, Gemeinschaft und sozialer Gerechtigkeit. Die traditionellen Werte der Sozialdemokratie haben damit an Stellenwert eingebüsst und müssen neu „erfunden“ und vermittelt werden. Vor allem müssen Solidarität und Individualismus nicht als unüberbrückbare Gegensätze, sondern als vereinbar neu definiert werden.

Drittens hat die Sozialdemokratie bestimmte Dichotomien bzw. Gegensätze nicht rechtzeitig neu vermittelt. So geht es weder um mehr Staat noch um mehr Markt generell. An die Problemstellungen angepasste Lösungen müssen gesucht und gefunden werden. Wir brauchen bei vielen öffentlichen Leistungen mehr betriebswirtschaftliches Denken, ohne diese Leistungen selbst dem Privatisierungsstre-



Solidarität muss neu erfunden werden (© European Community)

ben zu opfern. Andererseits hat gerade die Finanzkrise gezeigt, dass ein funktionierender Markt auch verstärkter Regulierung bedarf. Und vor allem darf das Risiko nicht auf die sozial Schwächsten abgewälzt werden.

Viertens wurde, insbesondere im Zuge der Entwicklung des „Dritten Weges“, der Eindruck entwickelt, es komme in Hinkunft nur mehr auf ein gutes Management an. So meinte einmal Gerhard Schröder, dass es keine linke und keine rechte

Wirtschaftspolitik gäbe, sondern nur eine gute oder eine schlechte. Damit wurde allerdings der Eindruck vermittelt, dass grundsätzliche politische Orientierungen an sich keinen Wert mehr besitzen und leichtfertig über Bord geworfen werden können. Die Rechte hat dazu applaudiert und ihre konservative Wirtschaftspolitik als „die einzig gute“ verkauft und diese Haltung oft noch mit nationalistischen Untertönen bei der Bevölkerung abgesichert.



Die USA spielen weiter eine entscheidende Rolle

II. EINE NEUE SOZIALDEMOKRATIE

Aus der hier zweifellos nur cursori- schen Analyse der Entwicklung der letzten Jahre ergeben sich für die europäische Sozialdemokratie bestimmte Konsequenzen. Dabei gibt es leider keine starke eigenständige europäische Sozialdemokratie. Denn sie ist nur ein loser Dachverband der nationalen Parteien, die oftmals kaum eine engagierte europäische Strategie entwickeln. Aber die hier geforderten Ansätze gelten selbstverständlich nicht nur für die europäische Ebene, sondern auch für die einzelnen Mitgliedsparteien. Nur durch ihre Neuorientierung entsteht eine neue europäische Sozialdemokratie.

OFFENHEIT UND DIALOGBEREITSCHAFT

Die von vielen beschworene Fragmentierung der politischen Landschaft durch mehrere Parteien und viele Nichtregierungsorganisationen wird nicht mehr verschwinden, sondern scheint ein nachhaltiges Merkmal unserer Gesellschaften zu werden. Daher sind eine größere Offenheit unserer sozialdemokratischen Parteien und die Bereitschaft zu einem breiten Dialog mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen notwendig. Das, was Bruno Kreisky zu seiner Zeit an Offenheit und Koalitionsbereitschaft gezeigt hat, ist heute noch wesentlich notwendiger als damals. Wir müssen „Viele einladen, ein Stück des Weges mit uns zu gehen“, wollen wir nicht auf der Strecke bleiben.

FREIHEIT UND REGULIERUNG

Die Wirtschaftskrise liefert uns mit all der Tragik für die Arbeitslosen



„Viele einladen, ein Stück des Weges mit uns zu gehen.“

einen neuen Anstoß für sozialdemokratische Politik ins Haus. Die Politik der Deregulierung und des blinden Vertrauens in den Markt konnte nicht deutlicher demaskiert werden als in und durch die jüngste Krise der Finanzmärkte. Die Sozialdemokratie hat allerdings verabsäumt, dies auch klar herauszuarbeiten. Die rasche Hilfe an die Banken ohne (!) deutliche Hinweise auf die Ursachen und die Verursacher war ein schwerer Fehler.

Dennoch ist es nicht zu spät. Noch besteht die Möglichkeit, im Zuge der Neugestaltung der Finanzmarktkontrolle für ein neues Verhältnis von Markt und Staat zu plädieren und vor allem für eine funktionierende Finanzaufsicht. Und das müsste dann auch als eine politische und nicht nur als eine technische Aufgabe gesehen werden. Dabei geht es nicht um ein Unterbinden und Verhindern von Freiheit und Kreativität, sondern um einen gesellschaftlichen Rahmen, der Spekulationsblasen verhindert.

DIE VERTEILUNGSFRAGE STELLT SICH NEU

Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Wirtschaftskrise und vor allem gegen die Arbeitslosigkeit ist auch die Verteilungsfrage neu zu stellen. Dabei geht es weder um einen Klassenkampf noch um einen Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse. Es geht vielmehr um den Zusammenhalt und die Wettbewerbsfähigkeit unserer europäischen Gesellschaften. Die in den letzten Jahren stattgefundenen Umverteilung zu Gunsten der oberen Einkommensschichten war nämlich auch gesellschaftlich kontraproduktiv. Wollen wir mehr Wachstum und Beschäftigung – und dazu brauchen wir eine Stütze durch den inländischen Konsum und das Mobilisieren aller Kräfte der Gesellschaft –, dann muss es mehr Kaufkraft für die sozial Schwächeren und mehr Chancen für alle geben. In diesem Zusammenhang muss auch über die Steuerpolitik neuerlich diskutiert werden. Sie darf nicht unter dem Diktat des unbeschränkten Steuerwettbewerbs stehen,

sondern muss gerade in Europa Spielräume für die Besteuerung großer Vermögen und einer auch volkswirtschaftlich sinnvollen Umverteilung schaffen.

WACHSTUM UND QUALITÄT DES LEBENS

Das heißt aber keineswegs, dass es nur um wirtschaftliche Probleme und Lösungen geht. Im Gegenteil: Das Konzept „Qualität des Lebens“ muss wieder mit neuen Ansätzen und Inhalten in die Programmatik der Sozialdemokratie aufgenommen werden. Von der Umwelt- und Klimapolitik bis zur Bildungs- und Forschungspolitik gilt es, neue Lebensinhalte und Lebensweisen zu entwickeln, die dem Gebot der Nachhaltigkeit gerecht werden. Das gilt in besonderem Maße auch für

die Qualität der Arbeit (decent work). Das ist keine Absage an das notwendige Wirtschaftswachstum, aber dieses muss durch qualitätsorientierte Ansätze wie einer differenzierten Arbeitszeitverkürzung, dem Ausbau sozialer Dienstleistungen etc. ergänzt werden.

EIN NEUER STIL IST GEFRAGT

Die Gesellschaft wurde in den letzten Jahrzehnten differenzierter und vielfältiger, mehr Raum für individuelle Lebensläufe wurde geschaffen, auch wenn auf der anderen Seite neue Konformismen entstanden. In diesen Gesellschaften gilt es, neue Wege der Kommunikation auszuloten und verschiedene Gruppen auf unterschiedliche Weise anzusprechen. Ohne populäre Forderungen wird man das nicht tun können, aber

die Sozialdemokratie darf nicht in einen billigen Populismus verfallen. So sind zum Beispiel sowohl diejenigen anzusprechen, die vor einer zu massiven Zuwanderung Angst haben und Nachteile befürchten, als auch die verschiedenen ZuwanderInnengruppen selbst. Die Botschaften werden dabei unterschiedlich sein müssen, aber sie dürfen nie im Gegensatz zueinander stehen. Sie müssen im Ziel der Integration mit der gegenseitigen Achtung der Pflichten und Rechte münden. So müssen sich unterschiedliche Gruppen und Menschen mit verschiedenen Lebensläufen mit der Sozialdemokratie identifizieren können als einer Bewegung, die Fairness, Gerechtigkeit und Toleranz als vorrangige Ziele verfolgt.



Mehr Toleranz füreinander

III. EUROPA 2020

In der Überzeugung, dass die Sozialdemokratie nicht nur eine Bewegung der Vergangenheit ist, sondern auch wesentliche Beiträge zur Lösung bestehender Probleme leisten kann, muss sie sich aufraffen, einen inneren Erneuerungsprozess zu initiieren und gleichzeitig an der Gestaltung des zukünftigen Europas zu arbeiten. Das Europa von 2020 muss wieder eine stärker sozialdemokratische Handschrift tragen als das Europa von 2010.

DEN BINNENMARKT SOZIAL ABSICHERN

Zum Kern der europäischen Integration gehört die Herstellung eines Gemeinsamen Marktes. Man darf aber nicht vergessen, dass dieses Konzept entworfen und mit dessen Realisierung begonnen wurde, als innerhalb der EU noch kein West-Ost Gefälle bestand, wie dies nach der Erweiterung der Fall war und noch immer ist. Verbunden mit dem Preisdruck auf Grund fortschreitender Globalisierung hat dies zu beträchtlichen Verwerfungen geführt. Denn der Preiswettbewerb, mit seinen Vor- und Nachteilen, wurde durch das Lohndumping auf dem Arbeitsmarkt ergänzt und verstärkt. Das führte zu einer zunehmenden Entfremdung breiter ArbeitnehmerInnenschichten vom europäischen Projekt.

Auf dem Weg zu einem sozialen Europa 2020 muss die EU nun diese realen und psychologischen Störungen korrigieren. So müsste die Entsenderichtlinie wasserdicht gemacht werden, um das Aushöhlen hart erkämpfter sozialer Rechte



Eine stärkere sozialdemokratische Handschrift ist notwendig

und Standards zu verhindern und damit die Legitimitätsbasis der EU wieder zu verbreiten. Wir können den globalen Wettbewerb nicht aufheben und wir müssen uns dafür rüsten – allerdings durch die Qualität und Ausbildung unserer Arbeitskräfte und nicht durch ein verstärktes Lohndumping. Wie schon in der Erklärung von Philadelphia aus 1944, die der Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation zu Grunde liegt, festgeschrieben wurde, ist die Arbeitskraft Mensch nicht den am Markt gehandelten Waren gleichzusetzen. Das ist auch der Sinn der Sozialen Marktwirtschaft.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ mag für manche fad und abgedroschen klingen. In Wirklichkeit war das Zurückdrängen des „Sozialen“ ein großer Fehler. Das Europa des Jahres 2020 muss die „Soziale Marktwirtschaft“ wieder als eine

Verbindung einer sozial orientierten Gesellschaft mit einer marktorientierten Wirtschaft als wesentliches Instrument definieren. Vor allem muss Europa direkt und mit Hilfe der Mitgliedsstaaten die Regulierung der besonders spekulationsanfälligen Finanzmärkte vornehmen. Wir müssen jedenfalls ein neues Gleichgewicht zwischen Staat und Markt herstellen, das nach Möglichkeit Finanzkrisen und vor allem katastrophale Wirtschaftskrisen als Folgeerscheinungen verhindert.

FAIRNESS UND GERECHTIGKEIT

Die Gesellschaften im Europa des Jahres 2020 müssen wieder mehr durch Gleichheit der Chancen gekennzeichnet werden. Schon auf dem Wege dorthin müssen wir insbesondere im Zusammenhang mit der notwendigen Sanierung der Budgets die sozial Schwachen besonders berücksichtigen. Vor

allem dürfen die Opfer der Krise nicht nochmals zur Kasse gebeten werden. Sowohl im individuellen Interesse als auch im Sinne der wirtschaftlichen Entwicklung müssen die Einkommen und damit die Kaufkraft der unteren Einkommensschichten gestärkt und Armut erfolgreich bekämpft werden. Reformen sowie die Modernisierung und Effizienzsteigerung unserer Wirtschaft müssen immer mit sozialem Schutz verbunden werden. Der von der spanischen Präsidentschaft geforderte Sozialpakt wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Der Grundsatz der besonderen Unterstützung der unteren Einkommensschichten muss auch bei den notwendigen Reformen der Pensionssysteme beachtet werden. Die Probleme eines Europas mit einem steigenden Anteil alter Menschen darf nicht auf Kosten der Ärmern gelöst werden.

TOLERANZ UND AKZEPTANZ

Die soziale Frage steht im heutigen Europa immer wieder im Schatten engstirniger nationalistischer und „religiöser“ Polemiken. Die Zuspitzung auf Differenzen zwischen Inländer und Ausländer bzw. zwischen Christentum und Islam überdeckt die sozialen Fragen und lenkt vom Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit ab. Europa im Jahre 2020 muss diese „künstlichen“ Spaltungen zwischen „uns“ und den „anderen“, zwischen den Einheimischen und den Fremden, überwunden haben. Wir müssen Gesellschaften der Toleranz und der Vielfalt an Ideen, Weltanschauungen und religiösen Bekenntnissen beherbergen, aber immer auf der Grundlage der



Religiöse Zuspitzungen vermeiden

Wahrung der Menschenrechte und des europäischen Katalogs der Grund- und Freiheitsrechte. Europa 2020 ist ein Europa der gesellschaftlichen Integration aller Menschen auf unserem Kontinent, unabhängig vom religiösen bzw. a-religiösen Bekenntnis oder der nationalen Herkunft. Toleranz und gegenseitige Akzeptanz sind Grundpfeiler des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Europa 2020.

INNOVATION

Eine faire und gerechte Gesellschaft in Verbindung mit einer sozialen Marktwirtschaft steht keineswegs im Widerspruch zu einer innovativen, wettbewerbsfähigen Gesellschaft. Im Gegenteil: Manch notwendige Reform und die Neuorientierung in Richtung energiesparsamer, nachhaltiger Wirtschaft setzen eine soziale Absicherung voraus. Mehr Leistung und Bereitschaft zu Innovation dürfen nicht zu mehr Ungerechtigkeit und Ungleichheit führen. Umgekehrt, mehr Chancengleich-

heit und die Förderung aller Talente, unabhängig von Einkommen und sozialer Herkunft, können die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft steigern. Das sollte jedenfalls der europäische Weg sein, der uns in ein stabiles Europa 2020 führt. Ein wettbewerbsfähiges Europa braucht zweifellos Spitzenleistungen, aber es braucht auch die Vermittlung von Kompetenzen für alle. Daher ist eine Steigerung der Forschungsmittel genauso wichtig wie eine Verbesserung der breiten Ausbildung. Ausbildung und Kompetenz für alle sind wesentliche Elemente einer fairen und durchlässigen und damit auch effizienteren Gesellschaft.

VIELFÄLTIGKEIT UND NACHHALTIGKEIT

Gerechtigkeit, Fairness und Gleichheit der Chancen stehen auch nicht im Widerspruch zur Vielfalt. Individuelle Lebensperspektiven und Lebensläufe haben in einem Europa 2020 viel Raum. Dennoch muss die Gesellschaft Rahmenbe-

dingungen schaffen, die die Nachhaltigkeit der Entwicklung fördern. Es geht also im Europa 2020 nicht um eine – und schon gar nicht um eine von „Brüssel“ gesteuerte – Öko- oder Nachhaltigkeitsdiktatur. Aber Europa muss durch seine Klimapolitik Vorbilder abgeben, und das sowohl nach Innen als auch nach Außen. Dabei braucht eine europäische Politik auch viele dezentrale, individuelle, kommunale und regionale Initiativen. Europa ist nicht Brüssel. Auf der anderen Seite aber muss Europa auch global stark auf die Klimapolitik Einfluss nehmen, durch vorbildliche Politik, aber auch durch einheitliches und klar vernehmbares Auftreten in globalen Verhandlungen.

EUROPA ALS GLOBALE KRAFT

Dass wir selbst gute Ideen und Vorhaben entwickeln, ist nicht genug. In einer global vernetzten und „verstrickten“ Welt können viele Fragen nur im Gleichschritt oder zumindest in Koordination mit den anderen „Großen“ dieser Welt gelöst werden. Die Klimapolitik ist genauso ein Beispiel dafür wie die Finanzmarktregulierung. Entweder bestimmen die anderen, die ja einheitliche politische Entscheidungsstrukturen haben, wie diese Fragen zu behandeln sind bzw. verhindern adäquate Lösungen oder wir machen unseren Einfluss geltend. Ein einiges Europa ist keine Notwendigkeit. Wir können uns auch den anderen internationalen



Akteuren oder dem globalen Chaos unterwerfen. Denn das wären die Konsequenzen, würden wir den Nationalisten folgen. Die Alternative dazu ist, dass Europa spätestens 2020 mit einer starken, unüberhörbaren Stimme spricht. 2020 sollte der Vertrag von Lissabon mit Leben ausgefüllt sein. Nicht nur die minimale juristische Anwendung ist gefragt, sondern die Umsetzung seiner politischen Zielsetzungen.



Europa muss durch seine Klimapolitik Vorbilder abgeben (© European Community)



Neue Allianz im EU-Parlament

INTERNETFORUM EUROPÄISCHE VISIONEN - EUROPA 2020 AUS SOZIAL- DEMOKRATISCHER SICHT

Die mangelhafte seriöse Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Entwicklungen und der Rolle der Sozialdemokratie ist eine der Ursachen des Attraktivitätsverlustes unserer Bewegung. In diesem Sinn sollen in dieser Rubrik einige Beiträge erscheinen, um eine Debatte über die europäische Sozialdemokratie zu führen. Kommentare sind erwünscht!



„Europacafe“ Wien

EUROPA 2020

EINE ANNÄHERUNG AUS SOZIALDEMOKRATISCHER SICHT

Die europäische Sozialdemokratie befindet sich ohne Zweifel in einer Krise. Jedenfalls waren die meisten Wahlergebnisse der letzten Zeit eine große Enttäuschung. Für manche gibt es das „einfache“ Rezept: nach links rücken. Andere wieder führen die schlechten Ergebnisse nur auf den Mangel an Persönlichkeiten in der Sozialdemokratie zurück. Ich meine hingegen, man muss sich ausführlicher mit den Ursachen der Krise und den möglichen Gegenstrategien beschäftigen. Die mangelhafte „intellektuelle“ Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Entwicklungen und der Rolle der Sozialdemokratie ist ja mit eine der Ursachen des Attraktivitätsverlustes der Sozialdemokratie.

Ich werde mich dabei auf die Grundsatzzfragen der europäischen Sozialdemokratie konzentrieren, was natürlich die Auseinandersetzung mit der österreichischen Sozialdemokratie beinhaltet. Ausgangspunkt bzw. Ziel der Überlegungen sollen Vorstellungen über ein Europa im Jahre 2020 aus sozialdemokratischer bzw. progressiver Sicht sein. Wenn ich hier den Begriff „progressiv“ in die Debatte einführe, dann hat dies für mich zwei Gründe.

Erstens heißt unsere Fraktion im EU-Parlament „Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten“. Das ist zwar ein etwas eigenartiger und vorläufiger Titel. Aber er weist darauf hin, dass wir, um erfolgreich zu sein, heute eine Allianz aus den „klassischen“ Sozialisten und



„Europacafe Innsbruck“

Sozialdemokraten und anderen ähnlich denkenden, neueren Gruppierungen bilden müssen. Andererseits wollen wir gerade in Zeiten, wo Obama in den USA eine neue politische Ära eingeleitet hat, mit den progressiven Kräften auch jenseits Europas kooperieren.

Wir sollen uns nicht täuschen: Wir müssen im Sinne und zur Durchsetzung unserer Ziele Allianzen eingehen, sei es mit gesellschaftlichen Gruppen, sei es – jedenfalls auf europäischer Ebene – mit Parteien anderer Traditionen. Die Rechte macht dies in letzter Zeit sehr erfolgreich. Sarkozy ist da wahrscheinlich das beste Beispiel. Trotz dieser Öffnung und Bündnispolitik bleibt er ein rechter Politiker, und die Hauptströmungen seiner Politik bleiben konservativ. Und so müssen auch wir uns öffnen und dabei den sozialdemokratischen Grundwerten verpflichtet bleiben. Wie sagte doch Bruno Kreisky: Wir müssen die Menschen einladen, „ein Stück des Weges mit uns zu gehen“.

In diesem Sinn sollen in dieser Rubrik einige Beiträge erscheinen, um eine seriöse Debatte über die europäische Sozialdemokratie zu führen. Zuerst werden eher sporadische kurze Beiträge meinerseits erscheinen. Inzwischen arbeite ich mit einem Mitarbeiter in Brüssel an einem kurzen Grundsatzpapier, das ich Anfang 2010 zur Diskussion stellen möchte. Ich ersuche aber auch die BesucherInnen meiner Homepage um Diskussionsbeiträge, die ich gerne veröffentlichen werde.

Wien, 3. Oktober 2009

VISIONEN FÜR DIE ZUKUNFT ENTWERFEN

Die Diskussion und das Ringen um Inhalte und Maßnahmen sozialdemokratischer Natur können nicht kurzfristig abgeschlossen werden. Die spanische Stiftung "ideas para el progreso" und das "Center for American Progress" haben mich Anfang Oktober zu einer Tagung nach Madrid eingeladen, um über die Lage der progressiven Kräfte in den USA und Europa zu diskutieren.

EUROPÄISCHE SOZIALDEMOKRATIE IN DER DEFENSIVE

Nach dem Wahlsieg Obamas fühlen sich die Demokraten, vor allem die

progressiven unter ihnen, sehr gestärkt und optimistisch. Europas SozialdemokratInnen hingegen – mit regionalen Differenzierungen – sind in der Defensive. Im Durchschnitt verlieren sie seit Jahren WählerInnen. Einerseits wird ihre traditionelle Wählerschicht – die klassische Arbeiterschicht – immer kleiner. Andererseits wandern viele dieser WählerInnen zu extremeren Gruppierungen nach links oder rechts ab. Der Wettbewerb um Arbeitsplätze durch MigrantInnen oder ArbeitnehmerInnen in Billiglohnländern wirkt hier genauso

wie der dadurch entstehende Lohndruck.

Aber auch die Mittelschichten und die höheren Bildungsschichten finden die traditionelle Sozialdemokratie nicht mehr sehr attraktiv, sie wandern zu den Konservativen. Noch dazu, wo sich viele dieser Parteien vormals sozialdemokratische Zielsetzungen zu Eigen gemacht haben. Sie lassen dabei auch unkonventionelle Typen, die dem klassischen konservativen Bild widersprechen, zu. So wird die klassische Sozialdemokratie zerrieben. Würde sie sich nur mehr auf die traditionellen Schichten konzentrieren, würde der Abbröcklungsprozess genauso weitergehen wie bei einer ausschließlichen Orientierung an der Mittelschicht.



Fraktions Sitzung in Brüssel

AN STRAHLKRAFT GEWINNEN

Den amerikanischen Demokraten ist es gelungen, aus allen Schichten und Regionen Stimmen zu gewinnen. Den SozialdemokratInnen in Europa hingegen ist der gesellschaftliche und demographische Wandel nicht gut bekommen. Sie haben an Breite der Zustimmung deutlich verloren. Deshalb wäre auch eine einseitige Ausrichtung der Programmatik und damit Verengung der anzusprechenden Wählerbasis katastrophal. Das darf nun wieder nicht heißen, dass wir zu einer Allerpartei werden sollten. Aber unsere sozialen Forderungen müssen auch im Interesse der Stabilität der gesamten Gesellschaft gestellt werden. Die Mittelschichten müssen sie mittragen und unterstützen können. Wir müssen auch an intellektueller Strahlkraft gewinnen und Visionen für die Zukunft entwerfen. Es ist nicht uninteressant zu sehen, dass die Grünen, jedenfalls bei den

EU-Wahlen, mit ihrem Konzept der "grünen Beschäftigungsstrategie" durchwegs gut abgeschnitten haben. Man könnte sagen, ihnen ging es gut, da sie sozialdemokratische Ziele mit "grüner Einfärbung" vertreten haben. Daraus sollten wir lernen und durchaus eine ökologische Umgestaltung unserer Gesellschaft und Wirtschaft verlangen, aber immer mit klaren sozialen Ansprüchen verbunden.

GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN NICHT VERSCHLAFEN

Generell meinte ein ehemaliger schwedischer Finanzminister auf der Tagung in Madrid, folgende fünf Kriterien für eine erfolgreiche Strategie auszumachen: Empathie (Emotionen) in der Formulierung der Anliegen, eine einsichtige Analyse der gesellschaftlichen Probleme, die Entwicklung von Visionen, Werte, zu denen man sich klar bekennt und Instrumente und Maßnahmen, um

die Ziele umzusetzen. Sicher ist dies alles leichter gesagt als getan, aber das ist aus meiner Sicht ein guter Kriterienkatalog, der jedenfalls eine geeignete Grundlage für die Überarbeitung einer erfolgreichen politischen Strategie darstellt. Vor allem darf man gesellschaftliche Veränderungen nicht verschlafen und muss versuchen, insbesondere die Jugend wieder zu gewinnen. Dabei gilt es nicht, ihren Forderungen blindlings nachzugeben. Sie vertragen durchaus eine ehrliche Auseinandersetzung, aber sicher kein Vorbeireden an ihren Vorstellungen und ihrer Kritik. Die Diskussion und das Ringen um Inhalte und Maßnahmen sozialdemokratischer Natur können nicht kurzfristig abgeschlossen werden. Zu tief sind die gesellschaftlichen Veränderungen und zu stark die Einbrüche in unserer Wählerschaft, als dass kurzfristige und oberflächliche Korrekturen genügen würden.
Madrid, 3.10.2009



Wir müssen versuchen, insbesondere die Jugend wieder zu gewinnen

VON OBAMA LERNEN

Am Rande eines Besuchs in Washington diskutierten wir auch über die unterschiedlichen politischen Entwicklungen in den USA und in Europa, konkret über die Verluste der Sozialdemokratie in Europa und die Gewinne der Progressiven in den USA.

PERSÖNLICHER SIEG

Sicher kann man die linke Mitte in Europa nicht direkt mit der linken Mitte in den USA vergleichen. Aber es sind deutliche Ähnlichkeiten vorhanden, und vor allem können beide Seiten von den Siegen der anderen profitieren.

Der Sieg der Demokraten in den USA ist nicht nur einer der politischen Partei von Mitte links, sondern vor allem auch einer der Persönlichkeit von Barack Obama. Die Frustration mit Präsident Bush, die Angebote der Demokraten und vor allem ein genau überlegter Wahlkampf mit einem attraktiven Spitzenkandidaten haben den Erfolg gebracht. Man darf dabei aber nicht übersehen, dass Obama auch Handicaps gehabt hat. Seine Hautfarbe und seine Unerfahrenheit wurden von den Gegnern direkt oder indirekt weidlich ausgenützt.

NEUER WIND

Umgekehrt hat Obama darauf gesetzt, dass er nicht zum abgenutzten Establishment in Washington gehört und neuen Wind in die politische Arena bringen wird. Das hat vor allem jene Gruppen angesprochen, die sich ohnedies wenig bis gar nicht in den tonangebenden politischen Entscheidungsstrukturen vertreten sahen. Auf der anderen Seite hat er die Mittelklasse

nicht vergessen. Die Wahl von Joe Biden zum Kandidaten für den Vizepräsidenten sollte vor allem die Mittelklasse ansprechen. Im Übrigen brachte der langjährige Senator eine große, vor allem außenpolitische Erfahrung in das Team ein. Geschickt ging Obama auch mit der in der amerikanischen Bevölkerung

weit verbreiteten Angst vor "big government", also vor zuviel Staatsausgaben, um. Ihm ging es nicht um mehr Staat und mehr Steuern, sondern um mehr Gerechtigkeit. Und damit sprach Obama auch einen zentralen Wert an. Die gesamte Kampagne war nämlich nicht nur auf konkrete Massnahmen angelegt, die er versprochen hatte, sondern auch auf Werte, die Bush missachtet hat.



*Unterschiedliche politische Entwicklungen in Europa und den USA
(© European Community)*

SCHWIERIGERE MOBILISIERUNG

Und mit Werten konnte Obama auch Begeisterung hervorrufen. Ohne Emotionen hätte er nie seinen Wahlsieg einfahren können. Denn die Mobilisierung der Bevölkerung über facebook, twitter etc. konnte nur gelingen, indem er Menschen begeisterte und sie so direkt involvieren konnte. Das ist im Übrigen nun das Problem in der Regierung.

Hier sind Entscheidungen zu treffen, die immer auch einen Teil seiner Wählerschaft verprellen. Und vor allem hat der Kongress ein Wort mitzureden, und der agiert viel eigenständiger als eine Regierungsmehrheit in den europäischen Parlamenten. Und generell ist es schwieriger, Menschen für Regierungsaktionen zu mobilisieren als in einem Wahlkampf. Darüber hinaus kann das die Demokratische Partei nicht übernehmen, denn sie existiert zwischen den Wahlen kaum.

PRIMITIVE KAMPAGNE

Wie ich schon in einem Bericht von einer Tagung in der letzten Tour d'Europe dargestellt habe, sind Emotionen, Begeisterung und Werte wichtige Elemente erfolgreicher



Blick auf Brüssel

politischer Kampagnen. Hinzu müssen Persönlichkeiten kommen, die klare und manchmal auch mutige Meinungen vertreten. Natürlich ist das in Ländern, die durch das Wahlsystem auf Koalitionen angewiesen sind, schwieriger als in klassischen Zweiparteiensystemen. Und die Medienwelt, wie sie sich in Österreich darstellt ist, einer solchen Strategie extrem abträglich.

Umso mehr müsste die Sozialdemokratie versuchen, wo immer möglich, eine kritische Gegenöffentlichkeit links der Mitte herzustellen. Das ist den Demokraten in den USA gelungen, nachdem über Jahre hinweg die Republikaner eine rechts-konservative Hegemonie in intellektuellen Kreisen und etlichen Medien wie Fox und Wall Street Journal hergestellt haben. Das sind die gleichen Medien, die jetzt mit ungeheurer Aggressivität gegen Obama vorgehen und ihn als Sozialisten "beschimpfen". Es ist zu hoffen, dass diese primitive Kampagne gegen Obama nicht zu viele Früchte trägt und den Demokraten nicht den Mut nimmt, ihren Reformkurs fortzusetzen. Wir in Europa können bei allen Unterschieden in den politischen und vor allem Parteisystemen viel von der Obama-Kampagne lernen, und wir sollten dies auch tun.

Washington, 30.10.2009

ÜBER GLEICHHEIT REDEN

In Deutschland hat eine Debatte über Ungleichheit und staatliche Interventionen begonnen. Am Anfang dieser Debatte stand ein Beitrag von Peter Sloterdijk über die zu große Steuerbelastung und seine Vision einer Gesellschaft, in der die Reichen freiwillig Solidarbeiträge an die Armen zahlen. Dieser Beitrag

führte zu heftigen Reaktionen und diese wieder zu nicht weniger heftigen Gegenreaktionen und Verteidigungen der Sloterdijkschen Vorschläge. Hinzu kamen die den türkischen ZuwanderInnen gegenüber abwertenden Bemerkungen des ehemaligen Berliner Finanzsenators und jetzigen Bundesbank-

direktors Sarrazin sowie abfällige Äußerungen eines Berliner Bezirksbürgermeisters über Sozialhilfeempfänger. Die Rechte kann sich über ein solches Aufgreifen konservativer Thesen nur freuen. Dass solche Äußerungen aus sozialdemokratischen Ecken kommen, ist besonders

bedauerlich. Es geht mir dabei nicht um das Totschweigen von Problemen. Aber die provokante Form mancher Äußerungen und der Mangel an politischen Ansätzen, um die – tatsächlichen oder vermeintlichen – Übel zu beheben, machen eine ernsthafte Debatte beinahe unmöglich.

So kommt es dann, dass ein durchaus seriöser Journalist, Ulrich Greiner in der Zeitung „Die Zeit“ unter dem Titel „Die Würde der Armut“ den Untertitel „Warum wir nicht länger von Gleichheit reden sollten“ setzt. Ich meine hingegen, wir sollen und müssen auch über Gleichheit reden, denn gerade die wieder gewachsene Ungleichheit von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen sind für eine moderne Sozialdemokratie eine Herausforderung. Daher kann ich nicht – jedenfalls nicht in dieser Form – akzeptieren, was Ulrich Greiner akzeptiert, wenn er meint: *„Wenn man hingegen akzeptieren könnte, dass Ungleichheit zu den menschlichen Grundbedingungen*

zählt, gewänne die Tugend der Barmherzigkeit ihr altes Gewicht zurück“. Welches „altes Gewicht“ meint er denn? Die Almosenkultur der Großbürger und des Adels? Das kann doch nicht die Vision einer europäischen Gesellschaft sein und auch nicht eine Leitlinie für die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen.

Ungleichheit – und ich meine hier die der Chancen – ist daher meiner Meinung nach nicht als gesellschaftliche „Grundbedingung“ zu akzeptieren, sondern als gesellschaftliches Phänomen, das immer wieder eine Herausforderung für die Politik darstellt. Dabei müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass wir sie nie gänzlich beseitigen können, weil sie leider ständig aufs Neue produziert wird. Aber als SozialdemokratInnen müssen wir immer wieder einen Anlauf nehmen, sie zu bekämpfen und dürfen nie den leichten Weg nehmen, sie zu akzeptieren.

In diesem Sinn freut es mich, dass der neue japanische Premierminis-

ter Yukio Hatoyama in seinem Land den Kampf gegen die Ungleichheit und die Entsolidarisierung aufgenommen hat. Die für die wachsende Ungleichheit mitverantwortlichen Liberalen kämpfen natürlich gegen diesen Wandel der Politik an. Aber es ist gut, einen Verbündeten in diesem entwickelten asiatischen Land für die europäische Sozialdemokratie zu haben. Die neue japanische Politik sollte auch einen Anreiz darstellen, die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Ungleichheiten nicht abzuschwächen, sondern sie mit Klugheit und Überzeugungskraft zu verstärken. Denn eine faire und gerechte Gesellschaft mit weniger Ungleichheit ist im Interesse aller. Nur eine solche Gesellschaft nützt die Ressourcen und Talente optimal. Und gerade für die Wettbewerbsfähigkeit Europas ist die optimale Ausnutzung der Fähigkeit all unserer BewohnerInnen notwendig. Daher können freiwillige Sozialarbeit und nachbarschaftliche Unterstützung selbstverständlich den Sozialstaat ergänzen, aber niemals eine tragende Säule unserer Gesellschaften sein. Die Steuerpolitik und die Leistungen des Sozialstaates müssen den Kern der finanziellen Gleichheitspolitik darstellen. Viele andere Maßnahmen im Bildungs- und Gesundheitssektor, am Arbeitsmarkt etc. kommen dann hinzu. Entscheidend aber ist, dass sich Europas Sozialdemokratie dem Prinzip der Gleichheit verschreibt und damit einer solidarischen Gesellschaft. Aber wie gesagt, das muss im Interesse der Gesamtgesellschaft geschehen und kann nicht als Klassenkampf argumentiert und geführt werden. Wien, 13. November 2009



Die wieder gewachsene Ungleichheit von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen sind für eine moderne Sozialdemokratie eine Herausforderung (© European Community)

ZEIT ZUR FREUDE – ZEIT ZUM ZORN

Ein Beitrag des unkonventionellen, linken Philosophen Slavoj Žižek, veröffentlicht in der Herald Tribune und in Le Monde, hat mich veranlaßt, einen kleinen Kommentar zu schreiben. Slavoj Žižek nimmt den Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 zum Anlass, die Entwicklungen in der Zeit danach zu analysieren. Für ihn ist der Zusammenbruch der kommunistischen Regimes und der sowjetischen Herrschaftsstrukturen in Europa ein Anlass zur Freude. Ich sehe das genau so. Ich hatte Tränen in den Augen, als ich im Fernsehen die Bilder aus Berlin sah, genau so wie damals, als ich die Berichte aus Prag sah und jene von der Öffnung der Grenze zwischen Ungarn und Österreich. Wir brauchen auch solche Augenblicke des Glücks und der Solidarität mit jenen, denen die Geschichte hilft, aus dem bisherigen, erniedrigenden und traurigen Leben auszusteigen. Aber es gibt eben kein Ende der Geschichte. Der „Erfinder“ dieser Theorie, Francis Fukuyama, hat dies inzwischen selbst eingesehen. Es gibt kein „happy end“, insgesamt. Geschichte verläuft nicht so eindimensional. Slavoj Žižek bringt in diesem Zusammenhang die tragische Geschichte von Victor Kravchenko, der aus der Sowjetunion in die USA überlief, um „die Freiheit zu wählen“. Aber dort erlebte und kritisierte er die Verfolgungen durch den extrem antikommunistischen Senator Joseph McCarthy. In der Folge versuchte er in Bolivien, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern, denn er „wählte die Gerechtigkeit“, denn die Freiheit war ihm nicht genug für ein Leben in Würde. Als er auch diesbe-



Wir wollen Freiheit und Gerechtigkeit – und zwar nicht nur individuell, sondern für die Menschheit insgesamt (© European Community)

züglich gescheitert war, wählte er den Freitod. Für uns Sozialdemokraten ist der Freitod allerdings keine Wahl. Wir wollen die Freiheit, und wir wollen die Gerechtigkeit – und zwar nicht nur individuell, sondern für die Menschheit insgesamt. Genau davon handelt die progressive Programmatik zum Unterschied von der konservativen. Freiheit und – insbesondere soziale – Gerechtigkeit sind die Ziele unserer Bewegung. So sollen wir uns über die gewonnene Freiheit unserer „östlichen“ MitbürgerInnen freuen. Aber wir sollen zornig sein darüber, dass weder unsere Nachbarn noch wir selbst, aber auch die meisten Menschen auf dieser Welt ein ausreichendes Mass an sozialer Gerechtigkeit genießen können. Die meisten Menschen können nicht in jener Würde leben, die sie verdienen. Da muss die Sozialdemokratie, da muss progressive Politik

einsetzen. Bei der Gesundheitsreform in den USA geht es genauso um die Würde der Menschen wie bei der Verhinderung einer neuen Finanzkrise zu Lasten der sozial Schwachen. Und natürlich gilt das insbesondere für die Sorge um die Arbeitsplätze.

Die tragische Geschichte von Victor Kravchenko soll uns eine Lehre sein. Er war einerseits ein Kronzeuge gegen den Stalinismus und kämpfte andererseits gegen die Engstirnigkeit und Dummheit eines rechten Senators in den USA. Ihm war auch die Armut und Ungleichheit in der Dritten Welt ein Dorn im Auge. Als Einzelkämpfer schien ihm der Selbstmord der einzige Ausweg aus seiner Verzweiflung. Die Sozialdemokratie muss andere Lehren aus den Niederlagen der vergangenen Zeit ziehen. Mit neuen Anstrengungen müssen wir die „alten“ Ziele verfolgen.

Wien, 17. November 2009

PSE KONGRESS IN PRAG

Die europäischen Sozialdemokraten hielten Anfang Dezember ihren Kongress in Prag ab. Es war der erste Kongress nach den EU-Wahlen im Juni dieses Jahres.

Derartige Kongresse sind – leider – selten eine Gelegenheit für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Problemen, mit denen sich die europäische Sozialdemokratie konfrontiert sieht. Genau die könnten wir allerdings dringend brauchen. Man kann eine ernsthafte Auseinandersetzung aber ohnedies nicht auf einem Kongress erledigen – dazu bedarf es einer tiefer gehenden und intensiveren Debatte.



PSE Kongress in Prag

In einem der Panels im Rahmen der Plenarsitzung versuchte ich, einige Punkte zu vermitteln. Gemeinsam unter anderem mit Massimo D'Alema aus Italien und mit Elena Valenciano aus Spanien bemühte ich mich, einige Dinge zu vermitteln. Erstens geht es um ein klares Bekenntnis zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Und dies kann, ja muss mit der „grünen“ Agenda verbunden werden. Natürlich können nicht alle traditionellen Arbeitsplätze durch solche im Umweltsektor ersetzt werden. Aber eine offensive Strategie zur

Bekämpfung des Klimawandels kann eine wesentliche Verbesserung der Arbeitsplatzbilanz bringen. Als Sozialdemokraten dürfen wir jedenfalls das Ziel der Vollbeschäftigung nicht aufgeben. Auch wenn dies momentan eine Illusion zu sein scheint, dieses Ziel muss konsequent verfolgt werden.

Zweitens, die Sozialdemokratie muss die soziale Frage immer im Zentrum ihrer Überlegungen haben. Und das nicht nur im Interesse der Armen, sondern auch im Interesse der gesamten Gesellschaft. Denn effektive Armutsbekämpfung heißt, allen Menschen eine Chance zu geben. Nach dem Motto „Keiner/Keine darf zurückbleiben“ sollen alle die Möglichkeiten haben, ihre Talente voll zur Geltung zu bringen. Damit bekommt auch das Bildungssystem eine große Bedeutung bei der Bekämpfung der Armut. Dabei bedarf es vermehrter Anstrengungen, denn automatisch schafft das Bildungssystem die notwendige

positive Diskriminierung der Talente aus den ärmeren Schichten nicht. Mein dritter Punkt war die notwendige global abgestimmte internationale Finanzregulierung. Da gibt es die Kritik, eine solche Regelung könnte das Volumen auf den Finanzmärkten einschränken. Dazu kann ich nur sagen, dass ich darin keine große Gefahr sehe. Denn viele dieser Finanztransaktionen sind gesellschaftlich ohnedies problematisch. Da werden riesige Summen hin- und hergeschoben, ohne dass dies einen produktiven Beitrag für die Gesellschaft bewirkt. Ich leugne keineswegs den Nutzen der Finanzmärkte und auch neuer Instrumente für den produktiven Sektor. Aber die hypertrophe Entwicklung, das Bilden von spekulativen Blasen, leistet diesen produktiven Beitrag nicht. Im Gegenteil: Derartige Fehlentwicklungen zerstören Arbeitsplätze und Produktionskapazitäten. In der Umsetzung solcher Zielsetzungen ist die europäische Sozialdemokratie nicht allein, so mein vierter Punkt. Progressive Kräfte in den USA, in Japan, in Australien etc. hatten in



Mit Bundeskanzler Werner Faymann am PSE Kongress

der letzten Zeit einen starken Aufwind. Diese Situation muss von uns jetzt zu einem breiten Bündnis genutzt werden, das den Sozialdemokraten auch in Europa wieder Mut

macht. Wir müssen auch unseren – potentiellen – WählerInnen die Botschaft übermitteln, dass wir bzw. sie nicht allein sind. Dieses Gefühl der Gemeinsamkeit und der

Solidarität ist ein wichtiger Faktor, mehr Unterstützung für die Anliegen der europäischen Sozialdemokratie zu bekommen.

Prag, 4. Dezember 2009

SOZIALDEMOKRATIE, EUROPÄISCHE IDENTITÄT UND ISLAM

Innerhalb der Führungsgremien meiner SPÖ-Bezirksorganisation Wien 12 gibt es viele mit einem christlichen Glaubensbekenntnis, aber auch strenge und weniger strenge Muslime, Mitglieder der israelitischen Kultusgemeinde, aber auch Agnostiker und Atheisten. Einer aus der letzten Gruppe meint immer wieder, wir sollten als Sozialdemokraten eine traditionell(?) antiklerikale Linie vertreten und uns gegen Religionen aussprechen. Getreu dem Motto: Religionen sind Opium für das Volk. Das jedenfalls

ist nicht meine Meinung. Ich sehe die Dinge viel differenzierter. Die allgemeine Debatte heute ist allerdings weniger eine über Religionen allgemein, sondern eher eine über den Islam und seine Rolle in Europa. Die jüngste Abstimmung über ein Verbot des Baus von Minaretten in der Schweiz hat der Islamdebatte wieder eine verstärkte Aktualität verliehen. In Frankreich hat Präsident Sarkozy hingegen eine Debatte über die nationale Identität angefacht und einen aus dem sozialistischen Lager kommenden

Minister für diese Debatte und die daraus zu folgenden Maßnahmen verantwortlich gemacht. Auch bei dieser Diskussion geht es vorrangig um die Zuwanderer aus islamischen Ländern und deren Rechte und Pflichten. Nicht nur die französischen Sozialisten tun sich mit dieser Auseinandersetzung schwer. Anlässlich des Ergebnisses der Abstimmung in der Schweiz meinte der ehemalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder: *„Europas Blick auf den Islam ist immer noch geprägt von Angst und Unwissen“*. In seinem Beitrag in der Zeitung „Die Zeit“ meint er vor allem, dass die historische Erfahrung Europas uns zur Toleranz verpflichtet. *„Menschen aus anderen Ländern und Kulturen, die bei uns leben und leben wollen, müssen sich klar und unmissverständlich zu unserer Rechtsordnung und unseren demokratischen Spielregeln bekennen. Nicht ohne Grund bezeichnen wir die Werte der Demokratie und der Aufklärung als universelle Werte. Und das sind Werte, die auch diejenigen akzeptieren und verinnerlichen müssen, die aus einer anderen Kultur stammen. (...) Aber Integration bedeutet nicht Assimilation. Sie darf nicht bedeuten, kulturelle und religiöse Unterschiede beseitigen zu wollen.“*



Es geht um das gemeinsame Zusammenleben und nicht um getrennte und parallele Lebenswelten

Die von türkischen Eltern stammende deutsche Soziologin Necla Kelek hat diesen Ansatz unter dem Titel „Gerhard Schröders fauler Frieden“ scharf kritisiert: *„Seine Haltung ist die eines Machtmenschen, der Probleme relativiert und Werte formuliert, wenn sie ins politische Kalkül passen. Diese Haltung hat nicht nur die Sozialdemokratie und die Sozialarbeit auch in der Integrationsarbeit jahrzehntelang vor sich hergetragen. Die muslimischen Migranten, so wurde unterstellt, sind noch nicht soweit, wir können von ihnen nicht zuviel Eigenverantwortung verlangen.“* Der Islam ist ein „System“ und nicht nur eine private Religionsangelegenheit und daher viel kritischer zu sehen.

In der Tat stellt sich die Frage, inwieweit sich „der“ Islam an die unterschiedlichen Lebensbedingungen in Europa anpassen kann oder will bzw. inwieweit sich die Muslime der von Schröder geforderten „Akzeptanz und Verinnerlichung“ der universellen Werte unterziehen wollen. Der in Ägypten geborene Politikwissenschaftler und Historiker Hamed Abdel-Samed fragt daher unter der Überschrift „Vom Glauben zum Wissen“ in der Neuen Zürcher Zeitung: *„Wie findet der Islam zur Moderne?“* Er fordert die Muslime auf, sich *„vom Bild eines erhabenen, unberechenbaren Gottes, der nur diktiert, aber nicht verhandelt“* zu verabschieden und die *„Allmacht des Korans zu bestreiten“*. Und in der Folge meint er: *„Islamkritik sollte von den Europäern ohne Rücksicht auf fundamentalistische Bedrohungen und ohne politisch korrekte Denkfaulheit vorangetrieben werden.“* Sie muss allerdings ohne Polemik und Ressentiment daherkommen. Am besten wäre es natürlich, diese

Aufgabe der Kritik würde von den Muslimen selbst in die Hand genommen werden.

Nur, wer sind diese Europäer, die diese kritische Auseinandersetzung mit „dem“ Islam sinnvollerweise führen können? Die christlichen, die jüdisch gläubigen, die ungläubigen oder nur die muslimischen Europäer? Oder alle zusammen? Sicher haben alle ein Recht dazu, wenn sie versuchen, ohne Polemik und Ressentiment an die Sache heranzugehen. Gerade das aber war weder bei der Minarettdebatte in der Schweiz noch ist es bei den radikalen Äußerungen der FPÖ der Fall.

Der Sozialdemokratie jedenfalls sollte es ja ums Helfen, um eine fruchtbare Begegnung des Islam mit der Moderne und der Aufklärung und nicht um eine politische Instrumentalisierung von Ängsten und Vorurteilen gehen. Und genau darauf hat Gerhard Schröder aufmerksam gemacht, wenngleich er manches an den islamischen Ländern zu rosig sieht. Und da möchte ich ihn schon gegen eine simple islam-feindliche Kritik, die von einer „Konvertitin“ kommt, verteidigen. Zwar muss gerade die Sozialdemokratie bereit sein, eine kritische Diskussion zu führen, die aber niemals den Pfad der Toleranz und der Religionsfreiheit verlassen darf.

Der Islam bzw. die MigrantInnen aus islamischen Ländern spielen auch in der Debatte um die nationale Identität in Frankreich eine zentrale Rolle. Dies wurde von Sarkozy unter anderem mit der Gründung eines eigenen Ministeriums begonnen. Sie passt in sein populistisches Konzept, emotionelle Fragen aufzugreifen und sie zu instrumentalisieren. Aber

wie andere Populisten und Medien (siehe die Kronenzeitung) versteht er es, bestehende Ängste anzusprechen und sie entsprechend zu verstärken. Aber eben weil es bestehende Ängste sind, die er aufgreift, tut sich vor allem die sozialistische Opposition mit dieser Debatte schwer. Was Sarkozy im Generellen sagt, ist auch keineswegs zu verwerfen, im Gegenteil. Wenn er zum Beispiel meint, dass man diejenigen zu respektieren hat, die zuwandern, aber dass diese wiederum diejenigen und deren Werte respektieren müssen, die sie empfangen, so ist dem klar zuzustimmen. Denn die empfangende Bevölkerung *„will ihr Erbe, ihre Geschichte, ihre Zivilisation und ihre Lebensart mit den Zuwanderern teilen“*. Es geht also um das gemeinsame Zusammenleben und nicht um getrennte und parallele Lebenswelten. Und in der Folge sollte es zu einer gegenseitigen Bereicherung kommen, im Sinne einer erfolgreichen Assimilation auf der Basis der Gleichheit von Mann und Frau und der Trennung von Staat und Religion, also eines laizistischen Staates. Diese Trennung bedeutet nach Sarkozy keine Ablehnung der Religionen, sondern eine Äquidistanz und einen gleichen Respekt allen Religionen gegenüber. Dennoch sollten auch die Muslime anerkennen, dass das Christentum in der nationalen Identität Frankreichs besonders starke Spuren hinterlassen hat. Als Sozialdemokraten würden wir natürlich an erster Stelle die Aufklärung erwähnen, wenn wir von den Spuren in unserem Erbe und unserer Identität sprechen. Aber sicherlich ist das Christentum nicht aus unserer Identitätsbildung



Miteinander statt gegeneinander auf dem Weg zu einer europäischen Identität

hinwegzuleugnen. Und überdies zielen wir auf Integration und nicht auf Assimilation, wenngleich die Unterschiede nicht so scharf sind wie das oft dargestellt wird. Aber es gibt natürlich noch einen anderen Einwand gegen die Debatte über die „nationale Identität“.

Viele Intellektuelle in Frankreich haben auf die Rückwärtsgewandtheit dieser Debatte aufmerksam gemacht. Denn heute sollte es nach all den Verfehlungen und Katastrophen des europäischen Nationalismus um die Gründung einer europäischen Identität gehen und nicht um eine Stärkung der verschiedenen nationalen Identitäten. Aber das von Sarkozy zu verlangen, wäre zu viel.

Gerade hier sollte die europäische Sozialdemokratie allerdings ansetzen. Eine europäische Identität wäre viel offener und toleranter hinsichtlich des Zusammenlebens – auch was die Religionen betrifft, denn Christen-

tum, Judentum und der Islam haben zur europäischen Identität beigetragen. Und sie wäre wesentlich zukunftsorientierter als die verschiedenen nationalen Identitäten. Sie wäre auch an der Fähigkeit zu messen, global zu bestehen und wirken zu können. Denn sie müsste den globalen „Wettbewerb der Kulturen“ bestehen, und das könnte sie nur durch eine Kombination von Offenheit hinsichtlich verschiedener Religionen und Lebensformen mit einem klaren Bekenntnis zu den universellen Werten, die uns besonders wichtig sind, geschehen. Dabei bleiben natürlich nationale, aber auch regionale Besonderheiten bestehen, und das sollte auch so sein. Denn diese gehören zur Vielfaltigkeit und damit zur europäischen Identität. Genau diese Verknüpfung von Vielfaltigkeit, Toleranz und klar formulierten Werten – inklusive der sozialen – macht die europäische Identität

aus. Und die Notwendigkeit, sich auch global zu behaupten, sollte dann auf die nationalen Identitäten, die immer Gefahr laufen, sich einzuigeln und nur nach innen zu schauen, Einfluss ausüben. Die europäische sozialdemokratische Bewegung sollte sich hier klar für die Erarbeitung einer solchen europäischen Identität positionieren. Sie stand immer auf der Seite der Freiheit und der Gleichheit der Chancen und hat die sozialen und humanistischen Werte in ihren Programmen und der politischen Praxis vertreten. Das sollte jetzt nicht aufgegeben werden, sondern zur Gestaltung einer europäischen Identität verwendet werden. Und von einer solchen Wertebasis aus ist auch die Debatte über die Rolle des Islam in Europa leichter zu führen. Dazu gehört ebenso ein Meinungsaustausch zwischen den verschiedenen europäischen Staaten und Mitgliedsparteien über „best practice“ Modelle der Integration in unseren Gesellschaften. Die verschiedenen nationalen sozialdemokratischen Parteien sollten vor allem in den Städten und Gemeinden die Grundsätze einer europäischen formulierten und definierten Integrationspolitik umsetzen und so zur Herausbildung einer glaubhaften europäischen Identität beitragen. So kann und muss gerade die Integration unserer – islamischen – Zuwanderer einen Beitrag dazu leisten, einerseits die europäische Identität zu stärken und andererseits Europa von „oben“ und „unten“ zu gestalten, also zum Beispiel gleichzeitig und gleichgewichtig von Brüssel und Wien aus oder, wenn man will, von Wien und Brüssel aus.

Wien, 13. Dezember 2009

8 KOMMENTARE

1. Ich finde bei der Debatte, die heutzutage geführt wird, vermisste ich den wissenschaftlichen Aspekt der Problematik einer Akkulturation. Es würde den Menschen viel einfacher fallen zu verstehen, dass ein Akkulturationsprozess, wie wir ihn verstehen, nicht unbedingt in einer Interaktion münden muss, was aber natürlich das vorrangige Ziel sein sollte. Andere Möglichkeiten belaufen sich auf die der Assimilation, der Segregation, aber auch der Isolation. Aus diesem Wissen heraus ist vielleicht die Problematik leichter zu verstehen und hier obliegt es in einem rechtlich politischen Rahmen, die nötigen Stränge so zu ziehen, dass diese Prozesse in richtige Bahnen gelenkt werden. Punkt eins. Zweitens ist es natürlich erforderlich, nicht jede Lehrmeinung von jedem x-beliebigen Rechtsgelehrten als Dogma hinzunehmen und es unantastbar machen. Auch Muslime müssen reflektieren und kritisch mit Ihren Brüdern und Schwestern umgehen, sowie die Koexistenz des Islams mit der Demokratie unterstreichen, da geschichtlich gesehen die ersten Muslime als Basisdemokraten aufzufassen sind. Hochachtungsvoll, Mustafa Apaydin;
Kommentar von Mustafa Apaydin – 14. Dezember 2009 @ 22:44
2. Wie oben angesprochen ist der Islam ein Baustein der europäischen Identität. Er hat hier nicht Nichts verloren, er ist ein autochtoner Teil Europas. Als solcher hat er seine berechtigten Anhänger und Praktizierenden. Europa ist aber mehr als die Summe seiner Religionen, es ist auch die Geschichte seiner Ideen, wie eben die der Sozialdemokratie. So sich als Europäer zu fühlen sollte in Respekt, Toleranz und Solitarität ihren Ausdruck finden. Dies ist von allen einzufordern, die Europäer sein wollen, egal ob von Geburt an oder seit sie zugewandert sind.
Kommentar von Gernot Viktor – 15. Dezember 2009 @ 00:29
3. Lieber Hannes Swoboda, ich selber bin Sanitätsoffizier der deutschen Bundeswehr und seit 21. Jahren Muslima. Etwas erstaunt bin ich, daß in diesem Kommentar nur das "islamkritische" Spektrum zu Wort kommt und das mit zwei AutorInnen, die man - zu Recht - sehr kontrovers diskutiert. Sie schreiben, wie Sie sagen, aus einer sozialdemokratischen Perspektive. Nun, erlauben Sie mir, zu bemerken, daß es aus meiner Sicht gerade SozialdemokratInnen waren, die sich in einer für Muslime zumindest sehr unangenehmen Weise profiliert haben, wengleich man zugeben muss, dass zumindest einige wie Ayaan Hirsi Ali (die über die sozialdemokratische Wiardi-Beckmann-Stiftung gefördert wurde) und Ehsan Jami danach das politische Spektrum gewechselt haben. Was Österreich betrifft, fällt mir da aktuell Laura Rudas und ihre Forderung nach einem Kopftuchverbot ein:
<http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=1465>
Und auf das sich jetzt epidemisch ausweitende "Burka-Verbot" hat auch ein Sozialdemokrat das Copyright, leider und sie wollen es mir bitte nicht als unzulässige Werbung anlasten, wenn ich jetzt hier links setze auf Artikel, die ich selber verfasst habe: <http://www.duckhome.de/tb/archives/3775-Der-Geist-von-Pim-Fortuyn-wurde-zurueckgedraengt-Marokkanischer-Muslim-wird-Buergermeister-von-Rotterdam.html>
Leider mussten wir MuslimInnen feststellen, daß es gerade ein Konservativer war, der den bedrängten MuslimInnen als erster zur Hilfe geeilt ist: der schwedische Aussenminister Carl Bildt - ich werde gleich darauf zurückkommen. Warum schreibe ich "bedrängt"? Nun, sie dürften festgestellt haben, daß mit dem Minarettverbot ein Damm gebrochen ist, und viele jetzt mit den Einfällen für weitere Sanktionen die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zieht, z.B. wieder einmal der deutsche Sozialdemokrat Thilo Sarrazin, der nach einem Beschluss des Berliner Ortsverbandes weiterhin in der SPD sein darf.
Leider muß auch feststellen, daß in Ihrem Eingangstext die Forderungen an Migranten überwiegen und hier überwiegend Defzite beschrieben werden. Dazu der Kommentar der Politologin Naika Foroutan: <http://www.duckhome.de/tb/archives/3775-Der-Geist-von-Pim-Fortuyn-wurde-zurueckgedraengt-Marokkanischer-Muslim-wird-Buergermeister-von-Rotterdam.html>
der sich im Übrigen mit meinern Erfahrungen deckt.
Was das Minarettverbot betrifft: damit wurde die konservativste Seite des Islam, genau die, die sonst immer als "Fundamentalisten" verteufelt werden, gestärkt. Diese Seite ist durch die Namen Bin Baaz (bis zu seinem Tod konservativer Vorsitzender des Rates der Ulema und königlicher Hofprediger), Juhayman al-Uteibi (Anführer des Sturms auf die große Moschee von Mekka 1979 und Osama bin Laden) gestärkt. Diese Richtung lehnt Minarette als nachprophetische Neuerung - bid'a - ab. Wenn ich mich richtig erinnere, hat die Bin Baaz gewidmete Moschee auch kein Minarett. Einzelheiten mögen die geneigten Leser bitte diesem Artikel entnehmen, den ich für die Neue Rheinische Zeitung verfasst und in dem ich das mal erklärt habe:
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=14551>
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=14574>
Wie Sie am Schluss sehen, teile ich die Position von Carl Bildt. Von einer Sozialdemokratie die dieses Namens würdig ist, erhoffe ich mir, daß sie mithilft, diesen gefährlichen "Trend", für den in der Schweiz der Startschuss gegeben wurde, zu stoppen. Mit freundlichen Grüßen, Dr. Maryam Dagmar Schatz
Kommentar von Dagmar Schatz – 15. Dezember 2009 @ 05:52
4. Entschuldigung: der Link zum Kommentar von Naika Foroutan:
<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2009/1214/feuilleton/0002/index.html>
Kommentar von Dagmar Schatz – 15. Dezember 2009 @ 05:55

5. Die Dinge differenzierter zu sehen täte vielen gut. Auch was die Religionen betrifft, denn Christentum, Dass das Judentum wie auch der Islam zur europäischen Identität beigetragen haben, wird von klerikalfundamentalistischen Positionen ja oftmals leichtfertig ausgeblendet. V.a. der Beitrag des Islams zur Aufklärung, auf die sich die Sozialdemokratie irgendwo auch beruft, wird schlicht und einfach aus unserem Geschichtsbewusstsein ausradiert. Ein wichtiger Beitrag, Herr Swoboda!
Kommentar von ferdinand lughofer – 15. Dezember 2009 @ 18:29
6. Liebe Dagmar Schatz, vielen Dank zu deinem ausführlichen Kommentar, ich darf dich kurz zu meiner Stellungnahme unter folgendem Link hinweisen:
<http://www.hannes-swoboda.at/?p=2420> Liebe Grüße Hannes Swoboda
Kommentar von Hannes Swoboda – 16. Dezember 2009 @ 13:19
7. Danke für den differenzierten Beitrag. Ich finde Swoboda und (noch deutlicher) Schröder gehen in die richtige Richtung! Den Beitrag der MuslimInnen anerkennen aber unmissverständlich das Bekenntnis zu und Anerkennung von Europa (und dessen "Werten") verlangen. Ich denke auch, dass die Leader auf beiden "Seiten" dies auch zu gutem Maße verstanden haben, jetzt geht es darum sowohl auf muslimischer als auch auf der Seite der Mehrheitsgesellschaft dieses Verständnis der breiten Masse zu vermitteln:
(Schröder: "Aber den größten Beitrag zur Integration kann jeder Einzelne leisten. Warum nicht seinen muslimischen Nachbarn, Kollegen oder Vereinskameraden einmal zu sich einladen? Nur wenn wir einander begegnen und gegenseitiges Interesse entwickeln, wächst das Verständnis. Das Zusammenleben in multikulturellen Gesellschaften kann nicht konfliktfrei sein." – DIES GILT SELBSTVERSTÄNDLICH FÜR MUSLIMINNEN GENAU SO!)
Es geht auf muslimischer Seite (Anm.: betrifft sicherlich eher die "religiösen" Kreise, die aber durch eine breite Def. von "religiös" auch die Mehrheit darstellen) vor allem darum, dass sich die eigenständige europäisch-islamische Islamwissenschaft und Identität weiterentwickelt und gefördert wird; unabhängig von "islamischen" Ländern und Gruppierungen aus den "Ursprungsländern" der Eltern! Auch, dass die Muslime erkennen, dass sie sich gegenüber der Mehrheitsgesellschaft viel mehr öffnen müssen um respektiert und verstanden zu werden. [eh klar dass da eine Necla Kelek entgegensteuert, die durch diese Rolle, die sie spielt, ihre Kinder ernährt, und anscheinend bis heute manche Schreckenserfahrungen aus ihrer Jugend nicht bewältigt hat!]
Auf der Seite der Mehrheitsgesellschaft halte ich eine "Identitätsdiskussion" ebenfalls für sehr wichtig. Viele österr. Jugendliche kommen mit Jugendl. in Kontakt, die Stolz auf Kroatien, Türkei... sind und sich fragen: was bin ich, was sind meine Werte in dieser bewegten Zeit, wo ist mein Stolz? Die Arbeit mit Jugendlichen "ohne" [die Anführungszeichen deswegen, weil das in Österreich ohnehin selten der Fall ist, wenn man weiter in der Geschichte zurückgeht] Migrationshintergrund ist auch wesentlich. Nicht nur ständig auf die böse Geschichte verweisen, eine gesunde Diskussion über "Stolz" kann nützlich und förderlich sein!
Wenn wir uns für diesen Weg entscheiden, dann helfen uns Minarett-, Kopftuch-, Kruzifix- und sonstige Verbote sicherlich wenig - viel mehr: sie schießen an der Thematik vorbei und gießen Öl ins Feuer! In einem multi-religiösen/kulturellen Europa darf sich kein Muslim/Atheist an einem Kreuz und kein Christ/Atheist an einem Kopftuch/Minarett angestoßen fühlen... denn wo hört es auf: der eine wird sich durch Schwule, der andere durch Schwarze, der dritte durch Linkshänder, oder was weiß ich, angestoßen fühlen.
Wer die österr. Verfassung und Menschenrechtserklärung respektiert, in der Gesellschaft aktiv partizipiert und es versteht seine Interessen zu vermitteln, der/die wird in Österreich/Europa ein zuhause finden - egal wie groß der Widerstand aus (islam-, rechts- oder atheistisch-) radikalen Kreisen auch sein mag! Davon bin ich überzeugt, jetzt geht es "nur" darum den perfekten Rahmen für diese Art von Entwicklung zu schaffen - und dazu gehört in erster Linie auf die Ängste und Gefühle der Menschen zu reagieren um dieses Feld nicht einzig und allein den Populisten zu überlassen.
Ein Österreichischer Muslim
Kommentar von Prinz Eugen ;-) – 16. Dezember 2009 @ 14:07

Ich bin auch der Meinung, dass sich alle Bürger zur Rechtsordnung und den demokratischen Spielregeln in Deutschland (wie auch in Österreich) bekennen.
Genauso bin ich der Meinung, dass diese Werte auch diejenigen akzeptieren und verinnerlichen müssen, die sich als ethnische Deutsche oder ÖsterreicherInnen fühlen und nicht nur diejenigen, die aus einer anderen Kultur stammen.
Sehr oft erleben wir, dass genau diejenigen, die sich zu diesen Werten berufen eigentlich gegen sie eintreten.
Auf EU-Niveau hat die Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit eine Studie über die Stellung der Muslime in der EU, bei der 23.500 Personen teilnahmen, durchgeführt. In dem Bericht schreibt die Stelle, „dass Muslime islamophoben Handlungen ausgesetzt sind. Diese reichen von verbalen Drohungen bis zu physischen Übergriffen (...) Rassismus, Diskriminierung und gesellschaftliche Marginalisierung stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Integration und den Zusammenhalt der Gesellschaft dar.“
Darüber sollten wir alle nachdenken...
Damir Saračević
Kommentar von Damir Saračević – 11. Januar 2010 @ 02:06

ES GEHT UM WERTE, NICHT UM SYMBOLE

Das Verhältnis eines aufgeklärten europäischen Staates zur Religion ist in letzter Zeit wieder Gegenstand einer ausführlichen Diskussion geworden. So sehr ich mich über die Reaktionen auf meinen letzten Beitrag in dieser Rubrik freue, so sehr waren manche Debattebeiträge im EU-Parlament im Zusammenhang mit einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg entbehrlich. Ich finde es überhaupt äußerst problematisch, Gerichtsurteile durch Parlamentsresolutionen zu kommentieren oder gar zu kritisieren. Aber das „Kreuz“ ist plötzlich zu einem kulturellen Symbol geworden. Mit dem Kruzifix lebt und stirbt unsere christlich abendländische Kultur. Es ist durchaus anzuerkennen, dass die christlichen Religionen – durch das Kreuz symbolisiert – in Europa insgesamt, jedenfalls in den Staaten der EU, den größten Einfluss gehabt haben und natürlich heute noch haben. Und das sollte auch nicht geleugnet werden. Dies ist allerdings mit der Tatsache zu verbinden, dass heute – zum Teil wieder – andere Religionen einen größeren Stellenwert in unseren Gesellschaften haben. Und das muss auch im Ausbau von Gebetshäusern zum Ausdruck kommen. Unabhängig davon müssen sich Religionen der Kritik stellen. Für die Entwicklung des christlichen Abendlandes ist der Übergang von einem unterwürfigen und unkritischen Verhältnis zur Religion zu einem aufgeklärten und kritischen Verhältnis sehr entschei-



*Die Sozialdemokratie muss sich als gesellschaftliche Kraft einmischen
(© European Community)*

dend. Natürlich ist das selbstkritische Verhalten immer das Beste. Und das gilt auch für die verschiedenen Religionsgemeinschaften. Darüber hinaus muss es gestattet sein, auch Kritik von „außen“ zu äußern, wenn sie die Grundregeln des Respekts einhalten. Ja, in einer Demokratie sind auch nicht-respektvolle Kritiken gestattet. Aber sie

unterziehen sich selbst einer Abwertung.

Als Sozialdemokraten sollten wir jedenfalls beides tun, das Recht auf Kritik genauso verteidigen wie die Sensibilität vieler Menschen, wenn es um ihre Religion und ihren Glauben geht. Aber Religionen sind in unserem Europa auch(!) Teil des gesellschaftlichen Systems, sie ste-

hen nicht über der Gesellschaft. Soweit daher Religionen und der von ihnen verbreitete Glauben die gesellschaftlichen Entwicklungen und Werthaltungen beeinflussen, muss sich die Sozialdemokratie als gesellschaftliche Kraft einmischen. Die Erfolge im Kampf für Aufklärung und Gleichberechtigung können einer europäischen Sozialdemokratie nicht gleichgültig sein, sie müssen

offensiv verteidigt werden. Dabei geht es nicht um Symbole wie das Kopftuch und um individuelle Einstellungen. Auch nicht um Minarette. Es geht um die Akzeptanz und den Respekt von Werten und vor allem Gesetzen, die ja ohnedies zum Teil gegen die Einstellung und den Protest von christlichen Religionen erkämpft worden sind. Gerade die Sozialdemokratie muss

einen ausbalancierten Weg finden, alle Glaubensrichtungen zu respektieren und im Grundsatz gleichwertig zu halten, aber ebenso klar und kompromisslos die erkämpften Rechte zu verteidigen. Und das muss sie gegen Wen auch immer tun. Vor allem auch gegen die „Neue Christliche Rechte“, die unter falschem Vorwand Hass und Zwietracht sät.
Wien, 18. Dezember 2009

2 KOMMENTARE »

1. Ein durchaus ausgewogener Artikel. Ich hätte vielleicht das eine oder andere kritischer formuliert. Was mir hier allerdings fehlt ist, auf die Konfessionsfreien einzugehen. In Österreich allein sind das 1,5 bis 1,8 Millionen Menschen. Es hätte dem Eintrag und seiner Stoßrichtung durchaus gut getan, hätte man erwähnt, dass in der EU Millionen Menschen ihre Werte, wenn man das Wort verwenden will, nicht aus Religionen beziehen sondern eben durch Selbstkritik und Selbstreflexion. Und ein paar deutlichere Worte dazu, dass sich das Demokratiebild weiterentwickelt hat (Stichwort: Kreuze in Schulklassen) hätten auch nicht geschadet. Aber danke jedenfalls für eine der wenigen differenzierten Stimmen in dieser immens wichtigen gesellschaftlichen Debatte.
Kommentar von Christoph Baumgarten – 18. Dezember 2009 @ 14:28
2. Religion und Politik. Muss man trennen
Religion und Verbot!!!! Absurd
Keinem Land der Welt soll es erlaubt sein, einen Glauben eines Menschen zu verbieten.
Jeder RICHTIGE Glauben bewahrt das GUTE im Menschen. Wer richtig GLAUBT ist ein guter Mensch. egal ob Christ, Moslem, Jude, Buddhist...
Keine Vorurteile es ist nicht jeder Moslem ein Terrorist, nur weil ein paar ungläubige diese Religion missbraucht haben. Kommt aus dem Mittelalter raus bitte
Kommentar von Adis – 18. Dezember 2009 @ 22:30

EIN ANDERES WIRTSCHAFTSMODELL – ABER WELCHES?

Meine Anfrage an Präsident Barroso nach seinen persönlichen Lehren aus seiner ersten Amtsperiode bekam eine relativ klare Antwort: Ein neues Modell des Wirtschaftswachstums muss her, das alte hat ausgedient!
Ich stimme hier dem Kommissionspräsidenten voll zu. Aber welches Alternativmodell sollen wir verfolgen? Welches könnte sich als nachhaltig herausstellen, oder

jedenfalls doch für einige Zeit Gültigkeit erlangen? Vor allem: Welches wäre fähig, die ökonomische, ökologische und soziale Krise einigermaßen zu bewältigen? Darauf muss insbesondere die europäische Sozialdemokratie eine Antwort – oder mehrere stimmige Antworten – finden.
Aus meiner Sicht müsste es jedenfalls ein Wirtschaftssystem sein, das sowohl die Begrenztheit

des Ökosystems Erde erkennt und darauf agiert, aber gleichzeitig die Ungleichheit nicht akzeptiert, sondern im Gegenteil wieder reduziert – und das sowohl auf nationaler, europäischer als auch globaler Ebene. Diese doppelte Verantwortung gegenüber den Menschen heute als auch gegenüber den zukünftigen Generationen müssen tragende Grundsätze dieses neuen Wirtschaftssystems sein.

Dabei geht es nicht nur um die Herstellung ökologischer Produkte anstatt umweltschädlicher. Nein, der gesamte Produktionsprozess muss energieeffizienter und umweltfreundlicher sein. Und auf der anderen Seite sollte das Wirtschaftssystem stärker auf menschliche Bedürfnisse wie Anerkennung, Kommunikation, Bildung (und nicht nur Ausbildung), Solidarität etc. Wert legen. Dazu gehört auch, dass wir die stärker werdende Ungleichheit nicht akzeptieren. Und das ist nicht nur eine finanzielle Frage, sondern auch eine kulturelle, eine der Erziehung und der Ausbildung. Deshalb sind vor allem auch öffentliche bzw. gemeinwirtschaftliche Dienstleistungen, von der Erziehung bis zur Gesundheit, notwendig. In einer globalisierten Welt müssen wir uns zweifellos auf einen stärkeren Wettbewerb einstellen. Es gibt aber auch Lebensbereiche, die nicht einer unbeschränkten Konkurrenz zu opfern sind. Und das sollte eines der Leitprinzipien der europäischen Sozialdemokratie sein.

Damit kommt es aber in Widerspruch zu einer forcierten Liberalisierungsstrategie. Denn der Markt, vor allem der ungezähmte, missachtet viele Interessen der heute lebenden Menschen und erst recht die der zukünftigen Generationen. Vor allem die vielen „externen Effekte“, also die Nebenwirkungen oder Kollateralschäden des wirtschaftlichen Handelns, werden nicht in den Preisen berücksichtigt. Und damit ist der Informations- bzw. Lenkungseffekt der Marktpreise nur sehr eingeschränkt nützlich bzw. extrem verzerrt und damit letztendlich falsch. Die letzte Finanzkrise hat dies wieder



Welches Alternativmodell sollen wir verfolgen?

eindrucksvoll bewiesen. Die alte und die neo-liberale Theorie wurde einmal über den Haufen geworfen. Aber deren Vertreter geben natürlich keine Ruhe, vor allem wenn die Sozialdemokratie nicht deutlich die Notwendigkeit staatlicher Maßnahmen zur Korrektur der Fehlleitungen durch das „reine“ Marktgeschehen unterstreicht.

Und wie kommt die EU da ins Spiel? Kopenhagen hat ja gezeigt, dass Europa der einzige Kontinent ist, der den Klimawandel und die Klimapolitik ernst nimmt. Diesbezüglich sind wir jedenfalls bereit, den Markt zu lenken bzw. ihn für „politische“ Ziele zu verwenden. Da ist Europa nicht neo-liberal. Daraus sollten wir auch für die sozialen Zielsetzungen lernen. Auch diesbezüglich sollen wir den Markt als Instrument verwenden, ihn, wo notwendig, ergänzen und lenken und damit einen sozial verantwortlichen Markt herstellen.

Aber Europa ist nicht nur „Brüssel“, sondern besteht aus allen politischen Ebenen. In beiden Fragestellungen – der ökologischen und der sozialen – bedarf es Aktivitäten auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Sie sollten sich nicht gegenseitig behindern, sondern im Gegenteil ergänzen. Energiesparen, die Verwendung alternativer Energien etc. sind auf allen Ebenen voranzutreiben. Das gleiche gilt für die Bekämpfung von Armut und sozialer Unsicherheit. Da gilt es, europäische Rahmenbedingungen zu setzen, z.B. durch die Betonung der gemeinwirtschaftlichen Dienste und aller Maßnahmen gegen den Ausschluss von Menschen aus der Gesellschaft. Durchgeführt werden diese Maßnahmen aber eher auf regionaler und lokaler Ebene. Gerade als SozialdemokratInnen, die wir in vielen Ländern auf lokaler und regionaler Ebene stark sind, müssen wir die europäische Bedeutung dieser politischen Ebene neuerlich betonen.

Der europäische Mensch trennt seine Lebenswelten nicht nach politischen Ebenen, daher sollten wir die politischen Ebenen zusammenführen und nicht künstliche Trennlinien und Barrieren aufbauen. Das ist ja auch der Sinn des Lissabon-Vertrags, der sowohl das europäische als auch die nationalen Parlamente stärkt. Und beide sollten sich auch um die regionalen und lokalen Entscheidungsträger bemühen.

Wien, 29. Dezember 2009

DIE SOZIALDEMOKRATIE MUSS WIEDER THEMEN VORGEBEN

Das Wien Museum hat dankenswerterweise im Künstlerhaus eine faszinierende Ausstellung mit dem Titel „Kampf um die Stadt – Politik, Kunst und Alltag“ gestaltet. Unter anderem geht es dabei auch um die ideologische Auseinandersetzung zwischen Urbanem und Kosmopolitischem einerseits und Ländlichem und Traditionellem andererseits. Diese Auseinandersetzung wurde vor allem um die Politik und Gesellschaft im „Roten Wien“ geführt. Vom Wohnungsbau über die Erziehung bis zur Kultur haben sich in der Zwischenkriegszeit die Gegensätze immer mehr zugespitzt. So war nicht nur die eigentliche sozialde-

mokratische Wohlfahrtspolitik Anlass für heftige Kritik, sondern etwa auch ein Auftritt der „schwarzen“ Künstlerin Josephine Baker Gegenstand extrem rassistischer Attacken.

Sowohl die patriotische, fundamentalistisch-katholische Rechte als auch die deutschnationale, extreme Rechte nahmen sich kein Blatt vor den Mund. Im Laufe der Zeit wurde die sozialdemokratisch-aufgeschlossene Linke in ihrer Position immer mehr geschwächt. Obwohl sich die Rechte in eine Konservative und in eine – damals noch deutsch-nationale – Rechte aufgespalten hat, ist es der Linken nicht gelungen, der

Rechten Paroli zu bieten.

Soweit zur Geschichte. Was aber auffällt, sind gewisse Parallelitäten zu heute. Auch heute ist die Rechte aufgespalten in eine moderate, konservative Rechte und in eine aggressivere, nationalistische Rechte. Gerade Letztere ist es aber, die in die Wählerschaft der Sozialdemokratie einbricht. Vor allem dann und dort, wo die Linke die ideologische=grundsätzliche Auseinandersetzung aufgibt und dieses Feld der Rechten überlässt. Weder fordere ich eine Wiedereinführung von Straßenkämpfen durch paramilitärische Organisationen noch eine straffe Reideologisierung.



Gewisse Parallelitäten zu Heute fallen auf

Die heutige Zeit braucht keine Imitation der Zwischenkriegszeit. Aber dem Zangengriff der beiden Rechtsbewegungen muss eine stärker profilierte Politik entgegengesetzt werden. Diese darf weder aufgeregt noch ungeduldig sein. Sie muss auch neue Entwicklungen zur Kenntnis nehmen. Aber sie darf sich Themen wie Verteilungsgerechtigkeit, Fairness und vernünftige staatliche Regulierung nicht als Themen wegnehmen lassen. Und sie darf sich nicht falsche Fragestellungen wie jene, sich zwischen Inländern und „Ausländern“ entscheiden zu müssen, aufzwingen lassen.

All die von den Rechten emotionalisierten Fragestellungen, insbesondere das „Ausländerthema“, lenken von den eigentlichen gesellschaftlichen Problemen ab. Es gibt kaum Themen, die heute die Sozialdemokratie vorgibt – und das ist eine der Ursachen für den deutlichen Rückgang bei den Wahlen. Das Zusammenleben zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, unter anderem den MigrantInnen, ist ein Thema, aber vor allem dort, wo es sich um sozial Schwache handelt. Das gilt es deutlich zu machen und in der Folge auch im Rahmen der Sozial- und Bildungspolitik Lösungen zu suchen. Aber nie dürfen wir zulassen, dass das Ausländerthema die soziale Frage verdrängt. Gerade das passiert allerdings schon seit längerem, vor allem in Österreich.

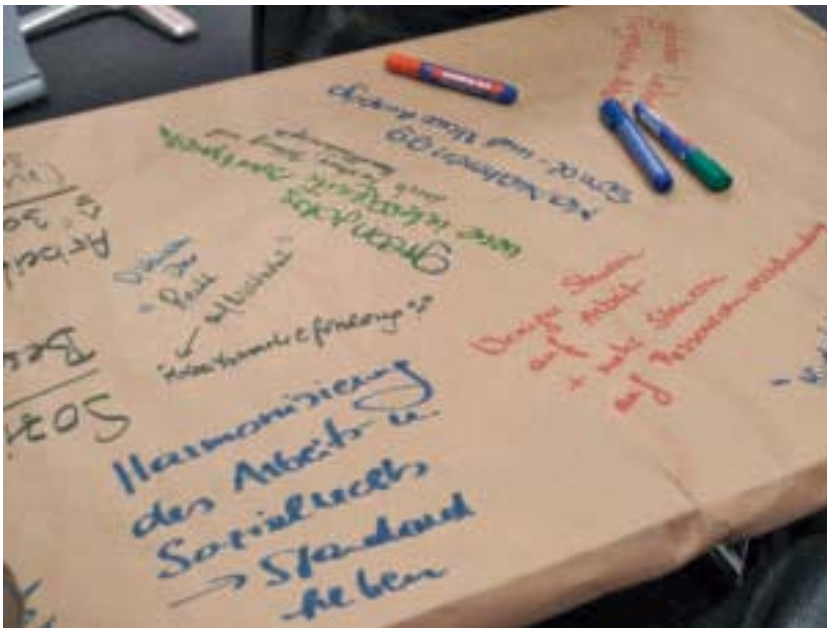
Gerade in Österreich ist die Frage der Verteilung von besonderer Relevanz. Denn die jüngste Studie aus dem Wirtschaftsforschungsinstitut hat eindeutig belegt, dass die durch den Markt bedingte Verteilung der Einkommen in den letzten



„Europacafe“ Wien

Jahren sogar ungleicher geworden ist. Auch die Steuern und Abgaben schaffen keine Umverteilung, manche sprechen von einer gering progressiven Wirkung, manche wieder sogar von einer regressiven Wirkung. Das letztere wahrscheinlich dann, wenn man nicht nur die Einkommen, sondern auch die Vermögen und die extrem geringen Vermögensbesteuerung miteinbezieht.

Erst die Ausgaben des Staates, sowohl die finanziellen Transferzahlungen als auch die Sachleistungen, schaffen eine gerechtere Verteilung der Einkommen. Aber die Verteilungswirkung der einzelnen öffentlichen Ausgaben ist dabei sehr unterschiedlich. Die direkten Leistungen wie Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe haben den größten Umverteilungseffekt, während die Gesundheits- und Bildungsleistungen nur einen geringen Beitrag zu einer gerechten Vertei-



Es ist die Frage nach Fairness und Gerechtigkeit, die unser Leben bestimmt

lung leisten. Wie schon erwähnt, würde man die extrem ungleiche Verteilung der Vermögen und die in Österreich ebenso extrem geringe Besteuerung der Vermögen bzw. der Vermögenszuwächse miteinbeziehen, so ergäbe sich noch ein anderes, weniger günstiges Bild. All diese Aspekte müsste die Sozialdemokratie – wieder – stärker berücksichtigen. Unser Wille zu mehr Gerechtigkeit und Fairness darf nicht erlahmen. Dabei geht es nicht um einen neuen Klassenkampf, denn der wird ohnedies eher von der Rechten geführt, mit der permanenten Abwehr von Forderungen nach mehr Gerechtigkeit. Wir dürfen ihnen dabei nicht auf den Leim gehen, sondern müssen beharrlich die Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Fairness aufwerfen und dürfen uns nicht durch die „Ausländerfrage“ ablenken lassen. Das ist ein eigenes Problem, das wir ebenfalls im Sinne der sozialen Gerechtigkeit „lösen“ müssen, durch beharrliche Integrationsbemühungen.

Die soziale Frage bzw. die Verteilungsfrage könnte man auch unter dem Aspekt der Fairness behandeln. Denn das scheint mir überhaupt die grundsätzliche Fragestellung zu sein. Manche versuchen, diese Problematik mit dem Hinweis auf den „Neid“ abzutun. Aber der Kampf gegen Ungerechtigkeit und Ungleichheit der Einkommen, der

Vermögen, vor allem aber der Chancen, hat nichts mit Neid zu tun, sondern mit einem Gefühl der unfairen Behandlung, man könnte auch sagen der Diskriminierung bzw. einem „natürlichen“ Streben nach fairer Behandlung. Wie gesagt, das ist nicht nur eine finanzielle Frage, sondern auch eine des Zugangs zur Bildung, zu sozialen Einrichtungen, medizinischer Versorgung etc. All dies kann sinnvoller Weise unter dem Aspekt der Fairness diskutiert werden.

Und dieses Prinzip gilt es dann auch auf die europäische und internationale Ebene zu übertragen. Ist es fair, dass in einigen Ländern Steuertransparenz herrscht und in einigen anderen Ländern hingegen nicht? Ist es fair, dass es für die großen Einkommen Steuerparadiese gibt oder nicht? Und ist es fair, dass in Folge der Umweltverschmutzung in einigen Ländern andere ihre Lebensgrundlagen verlieren? Auch die Entscheidung, ob einige Länder Studienbeschränkungen einführen und andere, die dies nicht tun, dann



PSE-Vorsitzender Paul Nyrup Rassmussen

für das Studium derjenigen, die ausweichen, aufkommen müssen, ist eine Frage der Fairness. Diese Debatten müssen geführt werden und natürlich kann man nicht immer einstimmige Antworten erwarten. Aber solche Fragestellungen zeigen jedenfalls auf, dass es nicht um „Europa gegen Österreich“ oder „Ausländer gegen Inländer“ geht. Es ist nicht die nationale Frage oder jedenfalls ganz selten, die unser Leben bestimmt, sondern die Frage nach Fairness und Gerechtigkeit.

Weder eine rein pragmatische Kosten-Nutzen-Politik kann auf diese Fragestellungen eine taugliche Antwort geben noch der Rückgriff auf alte Ideologien. Vielmehr muss das Gerechtigkeitsempfinden eines natürlichen Hausverstands herangezogen werden – natürlich ergänzt um die Abschätzung langfristiger

Konsequenzen politischen Handelns oder auch Nichthandelns und vor allem unter Einbeziehung der Zukunft der Kinder und Kindeskiner und deren Chancen. Wichtig ist jedenfalls, dass die Sozialdemokratie wieder Themen vorgibt und nicht nur den Themen anderer hinterherläuft und Rückzugsgefechte liefert.

Wien, 3. Jänner 2010

DIE EU-STRATEGIE FÜR 2020

Die Europäische Kommission hat ihre Vorstellungen für das Europa im Jahre 2020 (KOM(2009)647) endgültig herausgegeben und einem breiten Konsultationsverfahren unterzogen. Im vorliegenden Entwurf einer EU-Strategie bis 2020 finden sich viele wichtige Ziele und Strategieansätze. Die Prioritäten der Kommission sind:

- a) eine Wertschöpfung durch wissensbasiertes Wachstum,
- b) die Befähigung zur aktiven Teilhabe an integrativen Gesellschaften und
- c) die Schaffung einer wettbewerbsfähigen, vernetzten und ökologischen Wirtschaft.

Niemand kann mit gutem Grund gegen diese Zielsetzungen sein. Auch viele Unterziele finden meine Zustimmung. So wird der sparsame Umgang mit Energie, natürlichen Ressourcen und Rohstoffen verlangt, weiters wird eine Anhebung der Beschäftigungsquoten von Männern und Frauen gefordert, und dies unter anderem mit folgendem Hinweis: „*Ein Arbeitsplatz ist wahrscheinlich der beste Schutz gegen Armut und*



Ausgrenzung“. Des Weiteren wird eine Stärkung des Bildungswesens gefordert, denn so „*lassen sich Ungleichheit und Armut am effektivsten bekämpfen*“ und eine Garantie des sozialen Zusammenhalts. Ziel ist auch Sicherheit „*durch lebenslanges Lernen und angemessenen Sozialschutz*“. Und in den Haushalten soll die Qualität und Effizienz erhöht werden, um „*Spielraum für Investitionen in nachhaltiges Wachstum zu finden*“. Man kann also keineswegs behaupten, dass das Entwurfspapier der EU-Kommission ein neo-liberales Konzept darstellt. Dennoch ist einiges zu ergänzen.

EMPFEHLUNGEN

Aus meiner Sicht sind die Ziele des Entwurfs der künftigen EU-Strategie für 2020, die die Kommission anpeilt, grundsätzlich zu unterstützen. Aber dennoch fehlen einige entscheidende Ziele und Maßnahmen, um die oben genannten Zielsetzungen auch umsetzen zu können. Vier grundsätzliche Punkte sollen im Programm Aufnahme finden:

1) Bekämpfung der strukturellen Nachfrageschwäche für Aufschwung notwendig

Reife Volkswirtschaften, wie wir sie im heutigen Europa vorfinden, leiden unter zu geringer Nachfrage – insbesondere dann, wenn sich die Einkommensverteilung in Richtung mehr Ungleichheit entwickelt, wie gerade in der letzten Zeit wieder sichtbar ist. Denn die höheren Einkommensschichten haben eine höhere Spar- und eine geringere Konsumneigung. Daher müssten die EU-Mitgliedsstaaten wieder mehr an Verteilungsgerechtigkeit interessiert sein. Und zwar aus Gründen der Fairness und aus wirtschaftlichen Überlegungen. Eine gerechtere, d.h. eine Einkommensverteilung, die mehr Gleichheit zum Ausdruck bringt, hilft strukturell und konjunkturell, das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung zu steigern. Denn wenn die unteren Einkommensschichten mehr Geld erhalten, erhöhen sich die Konsumausgaben und in der Folge das Wachstum und die Beschäftigung insgesamt.

2) Durchgreifende und rasche Reform des Finanzsektors erforderlich

Ein instabiler, erratischer und unkontrollierter Finanzdienstleistungssektor vernichtet Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze. Die jüngste



Fraktionssitzung Brüssel

Zeit hat dies dramatisch bewiesen. Es ist skandalös und nicht länger zu akzeptieren, dass die Ausdehnung der Finanzdienstleistungen und niedrige Zinsen sich nicht in steigenden Realinvestitionen, sondern in Finanzblasen niederschlagen. Es ist unvermeidlich, dass diese Blasen nach einiger Zeit platzen und wirtschaftliche und soziale Katastrophen produzieren. Eine gezielte und gestärkte Finanzkontrolle und entsprechende finanzpolitische Maßnahmen müssen das in Zukunft verhindern.

Im Übrigen entspricht es durchaus einer ausgleichenden Gerechtigkeit, wenn man vom Finanzsektor auch einen Beitrag für die öffentlichen Finanzen der Mitgliedsstaaten und/oder der EU verlangt. Eine Finanztransaktionssteuer hat also jenseits einer – umstrittenen – dämpfenden Auswirkung auf Spekulationen auch einen wichtigen Budgetbeitrag gemäß dem Prinzip der Fairness zu leisten.

3) Beschäftigungsorientierte Konsolidierung der Budgets bis 2020

Es besteht kein Zweifel, dass die einzelnen Budgets der Mitgliedsstaaten saniert und konsolidiert werden müssen. Aber dies darf nicht den sozialen Zusammenhalt und den wirtschaftlichen Aufschwung gefährden. Im Gegenteil, gerade jetzt muss eine aktive Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik betrieben werden. Und die ArbeitnehmerInnen und die ärmeren Schichten dürfen nicht noch einmal für die Fehler der Spekulanten und die mangelnde Vorsicht der Banken zahlen. Gemeinsame Grundsätze der Steuerpolitik müssen wieder den Steuerspielraum der einzelnen Mitgliedsstaaten erhöhen. Nicht ruinöser Steuerwettbewerb, sondern sinnvolle Koordination und Absprache der Steuerpolitik ist angesagt. Denn wir benötigen auch die entsprechenden Mittel für eine einnahmenseitige Verbesserung der Budgetbilanzen.

Was nun die ausgabenseitige Konsolidierung unserer Budgets betrifft, so darf diese nicht dem Abbau sozialer Wohlfahrt und öffentlicher Dienstleistungen dienen. Die in den letzten Jahren im Rahmen der neoliberalen Strategie übertriebene Strategie der Liberalisierung und der Privatisierung darf nicht durch diese Hintertür wieder Eingang in den europäischen Einigungsprozess finden.

4) Die Qualität des Lebens 2020

Auch wenn kohärente und erfolgreiche Maßnahmen zu einer nachhaltigen Wiederbelebung der Wirtschaft unternommen werden, ist nicht mit einem

Einschwenken auf den alten Wachstumspfad oder gar einem Aufholen der jüngsten Wachstumsverluste zu rechnen. Und auch das Erreichen der Vollbeschäftigung wird großer Anstrengungen bedürfen. Umso wichtiger ist es, die Qualität des Lebens, das „gute Leben“, in den Mittelpunkt einer umfassenden Wirtschafts- und Sozialstrategie zu stellen. Dazu gehören Verbesserungen im Umwelt-, Gesundheits- und Sozialbereich genauso wie ein Ausbau der Bildungsangebote. Aber auch die Qualität der Arbeit und der

Arbeitswelt (decent work) sind zu verbessern. Dabei kann eine – durchaus differenzierte – Strategie der Arbeitszeitverkürzung, z. B. durch Bildungs- und Weiterbildungsblöcke, einen entscheidenden Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leisten. Wohlfahrt bedeutet jedenfalls mehr als Wachstum und einen hohen Grad der Beschäftigung und die Diskussion darüber muss gerade im Rahmen der EU intensiviert werden. Dabei darf nicht übersehen werden, dass wir uns in einer neuen globalen

Konkurrenz befinden und auch aus diesem Grund Anpassungen unseres Anspruchsniveaus notwendig sein werden. Diese Anpassungen dürfen allerdings nicht primär von den sozial schwachen Schichten getragen werden. Auch deshalb braucht es mehr soziale Gerechtigkeit und eine Korrektur der in letzter Zeit gewachsenen Ungleichheit. Nur dann ist eine Strategie, die auf eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Europas zielt, auch sozial verträglich.

Wien, 5.1.2010



Mit Wiens Bürgermeister Michael Häupl

HANNES SWOBODAS BLOG

JA ZUR TRANSAKTIONSSTEUER!

Die Finanzkrise hat die Unverantwortlichkeit vieler Player auf den Finanzmärkten verdeutlicht. Eine Möglichkeit, die spekulativen Aktivitäten einzuschränken und zusätzliche Finanzmittel aufzubringen, wäre die Einführung einer Transaktionssteuer. Die sollte natürlich europaweit erfolgen. Noch besser wäre es, dies auf globaler Ebene zu tun. Europa jedenfalls sollte den Vorreiter spielen. So haben das viele KandidatInnen bei den EU-Wahlen versprochen. Ich vertrete dieses Anliegen – im Gegensatz zu einigen Mitbewerbern – auch nach der Wahl.

Wien, 29. Oktober 2009

ES GIBT KEINE „NATÜRLICHE“ ARBEITSLOSENRATE

Viele ÖkonomInnen fürchten, dass die Arbeitslosigkeit nicht nur langsam zurückgehen, sondern auf einem höheren Niveau bleiben wird. Sie sprechen von einer höheren „natürlichen“ Arbeitslosenrate. Für mich ist das nicht natürlich, sondern Anlass zur Sorge und zu konkreten Gegenmaßnahmen auch seitens der EU.

Wien, 5. November 2009

KOMMUNIKATION IST WICHTIG

Am vergangenen Freitag eröffnete ich mit vielen Gästen das neugestaltete Sekretariat der SPÖ Meidling. Als Vorsitzender dieser Bezirksorganisation war es mir ein großes Anliegen, unsere Büro- und Kommunikations- räumlichkeiten im Interesse der Sparsamkeit zu konzentrieren, aber gleichzeitig moderner zu gestalten.

Ab nächster Woche kann man dann meine neue website besuchen, die dann noch aktueller gestaltet wird und mehr Informationen enthält. Ich weiss, dass die modernere Form und Gestaltung kein Ersatz für neue Inhalte ist. Aber dazu gibt es gerade in meinem neuen Internetauftritt eine Informations- und Diskussionsplattform unter der Rubrik: Europa 2020 aus sozialdemokratischer Sicht. Ich hoffe auf rege Beteiligung an der Diskussion.

Wien, 23. November 2009



Mit Wiens Vizebürgermeister Michael Ludwig

GESELLSCHAFTSPOLITISCHE RÜCKSTÄNDIGKEIT

Bei der Eröffnung einer börsenorientierten Handelsaktivität dieser Tage in Wien – ich will nicht genauer sein – hat der zukünftige Chef in seiner durchaus interessanten Rede mit einem historischen Rückblick einen Hinweis auf frühere Gepflogenheiten, Kamele gegen Frauen zu tauschen, gemacht. Ich bin sicher nicht übermäßig „political correct“, aber ich war geschockt, dass einer dies heute in einer offiziellen Rede noch machen kann. Und ich glaube, das ist fast nur mehr in Österreich möglich. Aber vielleicht irre ich mich dabei. Vor allem, wenn ich an Berlusconi und andere denke. Aber diese Verbindung von modernem Management und außenorientiertem, globalem Wirtschaftshandeln mit provinziellen, hinterwäldlerischen gesellschaftlichen Ansichten und Phantasien, das kann man besonders in Österreich antreffen. Jedenfalls höre ich entsprechende Äußerungen oftmals in den Fliegern zu verschiedenen europäischen Destinationen. Da kommt dann diese Diskrepanz zwischen wirtschaftlichem Fortschritt und gesellschaftspolitischer Rückständigkeit zum Ausdruck.
Wien, 13. Dezember 2009

EINE VERNÜNFTIGE FINANZMARKTAUFSICHT

Der ehemalige US-Notenbankpräsident meinte in einem Interview: „*Ich habe wenig Belege dafür gefunden, dass die Masse der Innovationen auf den Finanzmärkten irgendeinen Effekt auf die Produktivität unserer Wirtschaft hat.*“ Das sei all jenen ins Stammbuch geschrieben, die meinen, man dürfe keine neue strengere Regulierung der Finanzmärkte vornehmen, denn diese mindere die Produktivität unserer Wirtschaft. Eine vernünftige Finanzmarktaufsicht – europäisch und national – zielt sicher nicht auf diejenigen Finanzdienstleistungen, die der Wirtschaft dienen. Im Auge müssen wir diejenigen haben, die nur einigen Finanzhaien dienen, seien sie Anleger oder Manager. Darauf müssen wir nun im Europäischen Parlament besonders achten, wenn wir in den nächsten Monaten die vorgeschlagenen Regelungen beraten. Die Vertreter der Mitgliedstaaten sind deutlich hinter dem, was notwendig ist, zurückgeblieben.

Wien, 25. Dezember 2009



Europa muss „weitergedacht“ werden!



Der europäischen Phalanx der Rechten muss eine offene Sozialdemokratie in allen Regionen und Städten gegenüberstehen.

POTENTIAL AN WISSEN UND REFORMWILLEN NÜTZEN!

In Bad Leonfelden in Oberösterreich fand zum zweiten Mal das traditionelle Kautsky-Kreis Seminar sozialdemokratisch orientierter Ökonomen statt. Es ist erstaunlich, wie viele hier in einer relativ entlegenen Gegend investieren, vor allem in den Tourismus. Und bisher ist diese Region wenig von der Wirtschaftskrise betroffen.

Diese war auch der Gegenstand der meisten Debatten beim Seminar. Es ist beeindruckend, wie viele junge ExpertInnen daran interessiert sind, diese Problematik nicht nur diskutieren, sondern auch an einer Neugestaltung einer sozialdemokratischen Wirtschafts- und Sozialpolitik arbeiten wollen. Aber sie müssten auch mehr gefragt werden. Hier hat die SPÖ noch eine große Holschuld. Das Potential an Wissen und Reformwillen in und am Rande der SPÖ ist beachtlich, es müsste allerdings viel mehr mobilisiert werden.

Bad Leonfelden, 6. Jänner 2010

KLARE ABGRENZUNG IST NOTWENDIG

Wenn man die verschiedenen aktuellen Wahl- und Abstimmungstermine betrachtet, so bestehen vor allem für die WienerInnen viele Mitbestimmungsmöglichkeiten: ORF-Publikumsbeirat, Volksbefragung, Personalvertretungs- und Wirtschaftskammerwahlen, Bundespräsidenten- und danach Landtags-, Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen. Das sind sicher viele Möglichkeiten, bei denen die BürgerInnen ihre Präferenzen äußern können. Die Wiener SPÖ bereitet sich auf diese Wahlen besonders vor. Auch sie weiß, dass die Wählerbindung abgenommen hat und vermehrte Anstrengungen notwendig sind. Aus parteipolitischen Überlegungen ist das zu bedauern, aber es ist ein Zeichen moderner Demokratien und insofern zu begrüßen. Die Wiener Wahlen genießen auf Grund der Auseinandersetzungen mit der extrem rechten FPÖ eine große europäische Aufmerksamkeit. Dabei ist die Wiener Jugend auf Grund des höheren Bildungsgrades glücklicherweise nicht so anfällig auf die Stracheschen Tiraden wie in manchen anderen Regionen. Am wichtigsten ist natürlich ein guter Ausgang der Wahlen für unsere Bevölkerung selbst. Aber auch für unseren Ruf in Europa wäre eine klare Abwehr der Attacken der FPÖ äußerst günstig. Jedenfalls würde das auch einen Ansporn für sozialdemokratische Parteien in anderen Ländern mit rechtsextremen Parteien geben. Der europäischen Phalanx der Rechten muss eine offene Sozialdemokratie in allen Regionen und Städten gegenüberstehen.

Wien, 5. Februar 2010

EUROPE 2020 SOCIAL DEMOCRACY REAFFIRMED

HANNES SWOBODA AND
JAN MARINUS WIERSMA

After the June 2009 European elections a debate about the future of social democracy in Europe has taken off. The weak performance of social democratic parties, both at European level and in many EU member states - at a time when one would expect social democratic policies to have great appeal - was as a signal calling for profound reflection on the state of our movement and directions for the future.

This debate is important and urgent, since we are convinced the tide will not turn if we ourselves do not actively pursue critical discussion, change and renewal in our parties. Renewal necessarily includes our approach to the European Union, the most important elements of which we have attempted to address here. As such, this paper wants to contribute to the discussions in the Socialists and Democrats Group in the European Parliament and in the PES, and to complement initiatives of the Policy Network, Wiardi Beckman Foundation, Renner Institut, Friedrich Ebert Stiftung, FEPS and other centre-left think tanks.

We have elaborated this paper on personal title and do not claim to present a final diagnosis or definite answers. But it contains the elements we feel ought to be taken on board. Naturally, we would warmly welcome your reactions, observations and comments.



V.l.n.r.: Jan Marinus Wiersma, Matthias Verhalst, Kati Piri, Hannah Glatz

THE CRISIS OF SOCIAL DEMOCRACY

European social-democratic parties have lost the political initiative. Across most of Western Europe the centre left is confronted with long-term downward electoral trends and faces an erosion of trust from the electorate—albeit to different degrees. It seems unlikely this is a temporary situation, which will solve itself with the next swing of the political pendulum. Furthermore, notwithstanding the successes of the Southern and some Central European social democratic parties, our political family as a whole is in a crisis. This much was proven in the slipstream of the financial and economic crisis, when it became clear we have no credible alternative narrative for economic and social governance that has broad attractiveness or distinctiveness. Successfully finding a way out of the predicament European social

democracy is in, necessarily involves more than laying down a pertinent policy program and reconfirming or better communicating our basic values, actions and achievements. Social democracy needs to reinvent itself, at national level but also as a political family sharing a common vision, to allow us to forge broad progressive coalitions, both politically and with civic society, at local, national and European level and with strong global links. This renewal needs to build on an honest analysis of our condition, but also a profound reflection on the underlying cultural, societal and economic changes of the last two decades. And it needs to tackle our political positioning vis à vis other political, social and economic actors, the substance of our program and our style and communication in an integrated manner.

CRITICAL ENGAGEMENT WITH EUROPE

We also need to acknowledge that social democracy's close involvement in the European project has not always helped voters' identification with our parties. The European Union's current ingrained orientation to a, very often, neo-liberal market model reinforces the very tendencies towards more insecure livelihoods and growing inequality. Therefore, even though member states have remained responsible for most social and welfare arrangements, European integration is seen as a vehicle of a purely market driven economic globalisation which appear to be moving our societies in uncomfortable directions. Many voters hold this against us. But on the other hand, in a globalized risk society European cooperation is the most important instrument for individual European societies to maintain an influence over their own future. Economically and politically our countries have to a high degree become interdependent. Especially from a social democratic point of view, we need effective and intensive, internal and external cooperation within the European Union to maintain the achievements of the social market economy and preserve welfare arrangements. Neither Europe, nor the US can any longer be confident to remain leading global actors. From some perspectives, like China's, the EU is rather at the periphery. This relative decline of the European continent may have absolute consequences



Fraktions-sitzung Brüssel



Jan Marinus Wiersma, Matthias Verhalst

for European member states, economically and politically. A divided EU risks being shut out from decision making on global governance. A strong Europe is necessary to take responsibility for both internal and global challenges and to retain an influence on the way globalization is structured and governed and therefore to accomplish important parts of our agenda.

RECLAIM THE EU AS A PROGRESSIVE PROJECT

A convincing social-democratic vision for the European project needs to overcome the discrepancy between European policymaking and the concerns of our voters. To avoid social democratic parties turning inward and prevent a political backlash against European integration, reclaiming the idea of the European Union as a progressive project, is therefore a crucial element of social-democratic renewal.

This paper looks at the background of social democracy's electoral losses, focussing primarily on the experiences of continental Western Europe. It argues that an integrated approach to renewal is necessary, encompassing positioning, substance and communication. It concludes by presenting the main issues for a European agenda that could be part of such renewal.



V.l.n.r.: Hannes Swoboda, EU-Kommissar Maroš Šefčovič, SPD-Fraktionschef Martin Schulz

WHY DID WE LOSE THE INITIATIVE?

Although the situation differs considerably across Europe, a number of common causes for the gradual decline of the strength of social democratic parties can be identified.

FRAGMENTATION & NEW COMPETITORS

Firstly, in a parallel and interconnected evolution, our societies and

political arena have changed. Traditional socio-political allegiances have diminished and the institutions that used to regulate social and economic life – churches, families, trade unions, public television and newspapers – have subsided or assumed other roles. Our societies have diversified, spurred by technological and cultural changes; citizens are less

docile, more reflective, vocal and demanding. The consequence is that on the one hand, parties of the centre can no longer count on a loyal electorate, while on the other hand new political parties that emerged in the wake of these developments, seem to cater better to the demands of electoral subgroups. Challenging the once dominant position of the political parties of the centre in general, social-democratic parties in particular face competition from left, green and social-liberal parties. This diversification is a lasting feature of the political landscape.

AN ANTAGONISTIC 'ZEITGEIST'

Secondly, cultural changes in our societies have a deep impact on the appeal of our political program. Individualism, consumption and entertainment have become important motives, creating a social context where values such as solidarity and social justice or the legitimacy of promoting the common interest are experienced differently. In a sense social democracy is out of tune with this "zeitgeist", which resonates better with various strands of populism. Worse, we did not offer credible ways to reintroduce the concepts of solidarity and fairness in combination with support for individual interests and aspirations into the public imagination.

OUR LEGACY UP FOR GRABS

Thirdly, many of social democracy's main achievements – such as



EU-Parlament Straßburg

equality before the law, voting rights, paid holidays, workers' rights or education for all – have come to be taken for granted. That this was a big success and victory for social democracy was often even denied by ourselves. Such timidity deprives us of the opportunities to formulate a political vision that builds on this legacy.

THE THIRD WAY WAS A DEAD END

The success of many of Europe's social democratic parties in the 1990s was based on presenting a way out of the dichotomy between market and state, while maintaining the goals of social justice and equity. This allowed the centre-left to modernize the welfare state and pursue a comprehensive deregulation agenda in an age of economic optimism. At the same time, our economies underwent a fundamental transformation: the transition from organised industrial capitalism to global financial capitalism and a gradual shift from manufacturing to services. These developments reshuffled the field of economic governance, affecting the scope of state intervention. The Third Way's conviction that its policies could contain market forces was based on a previous version of capitalist organization that was fast disappearing. Moreover, the Third Way underestimated the political consequences of changing labour relations and the confusion between public and private its policies introduced. This now leaves social democrats struggling to credibly make a common case to tackle the flipside of the economic dynamism deregulation unleashed: job insecurity, in-work poverty and



SPE-Parteitag in Prag

inequality, the dismantling of previous socio-economic arrangements and the (partial) privatization of the public sphere, the economic dictates of the global financial markets, private extravagancy or irresponsible risk taking.

The Third Way constituted more a compromise with than an alternative to neo-liberalism, and we can now conclude that in the countries concerned, the success of Third Way constituted a temporary resurgence of social democracy at the price of a loss of ideological identity. The voters we have lost on one side, we haven't won on the other.

While the limits of the free market have become apparent, other political questions have gained prominence. Ranging from climate change to immigration and security threats, 9/11 was a watershed moment in this respect.

Furthermore, the receding role of the nation state has gone hand in hand with an upsurge of identity politics, which has also impacted on voters' attitudes towards European cooperation. Our hesitations towards offering solid answers to these questions as part of our (common) program has reinforced doubts of voters, which is reflected, not least, by the advent of anti-immigration parties in some countries.

AN ICON OF SINCERITY?

Fifthly, we struggle with the legacy of the Third Way in a different way, too.

Because of our embrace of market logic, globalization, change and efficiency, our language sometimes appears insensitive to basic social needs and lacking compassion. In the balance between responsibility for government and responsiveness to citizens' concerns, social democrats are too often found on the 'managerial' side, presenting what are basically political questions as policy issues, underestimating the importance of voters' appreciation for a much more straightforward reasoning and vocabulary.

After years in government, sometimes in uncomfortable coalitions with the centre-right, we have also become identified with the changes that cause



Mit Berlins Oberbürgermeister Klaus Wowereit

anxiety and insecurity, which is one of the backgrounds of the distrust and scepticism social democrats often face. Political challengers employ varying combinations of issue based politics, value orientations and populist sentiment to attract voters. The centre-right has internalised much of the social market agenda, while beneath the surface it often pursues a combination of economical deregulation and, increasingly, cultural conservatism or nationalism.

A TRIPLE TRIAL

We can structure the task before us in three clusters: position, policies and profile. Crucially these clusters are mutually interdependent: to recapture our strength, we need to approach renewal in an integrated manner.

REAFFIRM OUR VALUES – FIND NEW ALLIES

The core issues and values of social democracy (regulated markets, social justice, a reasonable social safety net, equal rights, international responsibility and solidarity) are still widely shared and even deeply engrained in the political orientations of European voters. There is thus still considerable scope for progressive politics.

At the same time, we are facing socio-political fragmentation. Moreover, voter apathy, distrust in political institutions and even outright political cynicism are on the rise. This makes it much more difficult to convince people of the urgency of political action towards common goals in such spheres as economic and climate regulation or global leadership.

Social democrats need to reconnect to a voter base that is much more varied and volatile than twenty years ago and will continue to diversify. To have broad appeal requires not only clarity and consistency but also a much more active effort to win people for our case. Our program needs to accommodate a blue-collar constituency – which is likely to further shrink, but will also be hit hardest by economic change. But we should not do so at the cost of losing middle class support, in particular that of a younger generation and an emerging class of entrepreneurial self-employed in the services economy, which is likely to further grow. The latter, although generally not uncomfortable in a competitive market environment, are neither necessarily economically right wing nor conservative. They are a constituency of great potential for social democrats, which has so far been mostly overlooked.

Politically, we can presume, at least in non-majority political systems, that in the short to medium term social-democratic parties will not regain such strength to execute a political program single-handedly. This problem multiplies at the European level, since only a minority of European governments has a social-democratic signature. Regardless of their political colour they will tend, constrained by national circumstances, to pursue national policy preferences. In the European Parliament, this poses a tremendous challenge too, because majority formation necessarily implies entering into broad coalitions that include liberals, leftists, Greens and also the centre-right.

Therefore we need to orientate ourselves on the progressive block as a whole. A political agenda can no longer be effectively carried by political parties alone, but needs to resonate more broadly in society. The centre-left needs to form civic and political alliances around issues such as equal rights, & citizenship, global challenges (peace and security, development, climate change) and above all economic governance and social inclusion.

PUT THE MARKET IN ITS PROPER PLACE

To counter the ideological hegemony of the market as panacea for all our economic and social troubles, Europe's centre-left is in urgent need of new conceptual thinking. If we are to recapture the intellectual and political leadership social democracy had in Europe only ten years ago, we need to develop a forward-looking vision beyond the dichotomy between state and market. A shift to the left in the traditional sense of a strong state intervention agenda is not the answer. Like placing trust in more market to cure our woes, this would be a return to the answers of the past under wholly different conditions. Moreover, it would leave social democracy both isolated politically – since such an agenda is unlikely to muster a majority – prone to the charge of hypocrisy and alienated

from the middle classes. But we do need reintroduce the distinction between the market as a positive mechanism that promotes wealth creation, and the market as a theoretical construct, as a goal in itself, and as an – often flawed and sometimes harmful – instrument for regulation in the public domain. This vision must at the same time capture more than the purely economic dimension. We need to expand our political philosophy into the moral, ethical and cultural dimensions of social and economic life. We should consequently not shy away from propagating forms of solidarity that are genuinely embedded in social relations, rather than built on ideological preconceptions. These need to encompass not only the conventional lower and middle classes but extend to the 'new poor' and immigrant communities and – anticipating a possible

clash of generations – need more explicitly reflect the relations between generations. To promote a vision of society that is driven more by notions of quality of life than growth or quantity of consumption, we must identify and promote new markers of economic success and social achievement. The quest for alternative indicators than GDP for economic performance is a welcome first step in this direction, but needs to be complemented by broader reflection on cultural patterns that shape people's motivations and aspirations, if we want to achieve the lifestyle changes necessary for a sustainable future. In this framework we should also address the role and practices of states in a broader sense: the possibilities and limits to global governance and the relation between the private sphere, public identity and government.



© European Community

A NEW STYLE

Our political practices and style have not adequately adapted to new social and cultural tendencies. A different style of communication is not just a complementary or optional element of renewal and entails more than a simple update of form. Rebranding social democracy – including charismatic leadership – is central to the challenge we face and at the same time dependent on the extent to which it can reflect programmatic renewal. Communicating differently can only be effective if we have a coherent message.

In many countries our close link with state management negatively affects the trust citizens accord us. That also applies to our activities at EU level, where perhaps sometimes we act too much as the defender of institutional interests, and too little as a political actor and movement. We should move from institutional identification to civic identification, while emphasizing

we are part of a global movement. This needs to be reflected in a different, more authentic language that is closer to people's concerns. Finding ways to present complex problems in more elementary terms is a major challenge, closely related to conceptual renewal. Furthermore, feelings of insecurity put a premium on sincerity and value based politics. Solutions should not only be right, they should also feel right. Politicians need to be able to connect to the emotions of voters. New communication strategies also need to take into account that public opinion is no longer defined through a limited number of channels, but continuously shaped and reshaped in a volatile public arena that is fragmented and characterized by a domination of electronic media. That implies careful dealing with compromises and presenting them for what they are. It also means the anticipated public reception of our positions

need to be taken into account much more seriously.

There is also a great challenge for the organisation of our parties. Have we drawn the right conclusions from the fact that many of our parties have lost considerable parts of their membership base? Many citizens continue to be politically active, but they increasingly prefer looser forms of political engagement than full-scale party membership. However, our parties are still mostly centralised organisations that offer few opportunities for active participation. In order to mobilise majorities, we will therefore also need to identify and practice new ways to reach and connect to our voters, organise two-way communication, connect to grassroots movements and mobilise civic support for our agenda, all of which require a sustained effort and an open view to examples of success within our own political family both inside and outside Europe.



V.l.n.r.: Hannes Swoboda, Kati Piri, Matthias Verhalst, Jan Marinus Wiersma



V.l.n.r.: Paul Nyrup Rasmussen, Alfred Gusenbauer, Hannes Swoboda

FIND THE NARRATIVE

Successful renewal thus critically depends on approaching our position in the political field, the substance of our program in a broad sense and the way we communicate simultaneously. We also need to take the underlying factors explaining our weak position seriously, which implies that a successful new narrative needs to tackle not only the economic, but also the cultural and the political dimension. We cannot afford to be selective.

The problem lies not in the basic values and principles of social democracy. We must rebuild our agenda firmly from that basis, but acknowledge that to realise it in a radically different context than

when it was conceived, social democracy must formulate an agenda that constitutes a genuine alternative to more of the same. We therefore propose it should incorporate four principles throughout.

Firstly, we need to emphasise the importance of the relation between the individual and collective. In a changing society, with strong tendencies of individualization, we must promote a new spirit of community, which can encompass different levels (local, national, European or global) depending on the issue.

Secondly, social democracy must promote a shift from quantity to quality, not only because of the changes necessary from the point of

view of sustainability, but also as part of a vision of society not defined by consumption, income or profit. Thirdly, we need to develop and disseminate an alternative conception of the economy, regulation of the market and its relation to the public domain. Finally, we need to give politics back to the people. After all, the crisis of social democracy is also a symptom of a broader legitimacy crisis of democratic politics. That we take this seriously needs to be reflected programmatically, in the way we communicate and above all in the way we act politically. This applies not least to European politics, where the accusation that decisions are taken over people's heads is often all too easy to make.

EUROPE 2020

THE OUTLINE OF AN AGENDA

A first test for our new capacity to regain confidence and design visions for the future is our capacity to actively participate in the discussion and formulation of the agenda for Europe 2020. Already in the coming weeks and months we must define a social-democratic agenda for the European Union, which must embody the changes in our thinking and define a solid common platform for social democratic parties. Our agenda should also be distinctive, but without being radical to the point that finding majorities becomes impossible.

ECONOMY FOR THE PEOPLE

The formulation of the coordinates of a European regulatory framework, in addition to national and international rules, is needed as precautionary measure against the derailing tendencies of free markets. It must also counter the conclusion that the internal market has on the whole been a driver for market liberalisation instead of a safeguard against the misuse of market power by the few against the majority of citizens.

In concrete terms, as social-democrats we share the conviction that people, not profit, come first and that common action is a necessary counterforce to market egotism. A European framework for economic governance should match the flexibility and volatility of global capital, promote a better balance between economic growth and equity, and contribute to directing investments

towards sustainable technology. A solid European framework for supervision of the financial sector is a first necessity. In this respect, businesses, especially those who are victims of financial market bubbles, are not necessarily adversaries, but potentially strong allies. Our aim should not only be to make market capitalism accountable to citizens' interest, but also to define spaces of social and public activity shielded from market intrusion especially in the field of public services. This implies a certain redefinition of the hierarchy of economic freedoms. The mere occurrence of market distortions as a sufficient argument to force economic competition onto certain sectors or the harmonisation of widely varying regulations or institutions is a victory of economic theory over social reality. Efficiency gains from competition do not always weigh up to the, sometimes considerable, economic and social costs involved, especially in the longer term. In economic governance we should not consider inclusiveness as a mere welcome by-product of market dynamism, but as a primary goal. After all, inequalities and unfairness not only damage the individuals and groups concerned. They also work against social peace and competitiveness of our societies. More equality and fairness is a contribution to the general welfare and therefore in the interest of all "classes". In that sense it is, in itself, an investment in our societies and economies.



Mit Hannah Glatz

MAKE INNOVATION MATTER FOR ALL

Education can make a strong and vital contribution to both competitiveness and fairness. Special attention has to be given to the role of education in the fight against exclusion and for job creation. In this sphere, promoting creativity and innovation as main drivers of economic growth must be accompanied by a renewed focus on inclusiveness and economic equality. The flexicurity approach, which has been the centrepiece of the Lisbon strategy, carries distinctive social democratic undertones, with its focus on skill development, lifelong learning and active labour market policies. Nevertheless, in practice the emphasis has been on flexibility to the relative neglect of security and social cohesion. Flexibility must not be defined only in the interest of business and must be accompanied by a high level of security. Although the impact varies across the EU, in some countries the effect has been to proliferate low paid insecure jobs

and a growing risk of in-work poverty.¹ Apart from purely economic effects, the flexibilization of European labour markets has had a profound social impact. It has become all but common to stress the development of the knowledge economy and focus on skills, knowledge, creativity and innovation to secure the economic fortunes of Europe. The image of the future this agenda paints, however, produces feelings of insecurity, degradation and alienation among those who feel they lack the skills to come along. There is a clear link between this phenomenon and the loss of support for social democratic parties from lower classes.² We should find ways to ensure Europe 2020 offers chances to all, not only the young and bright. If we fail in this respect we risk strengthening already existing outsider feelings.

AN INCLUSIVE SOCIETY: EQUALITY & DIVERSITY

We must seek to align the poorer groups of our societies, irrespective of their ethnic and national background, with the middle class and their interests. The middle classes are not the enemy of social democracy, but should be invited to be partners in building a more just and fair society. Both public intervention and private initiatives are welcome to build cohesive societies with strong solidarity. Social democracy should not accept the submission of statehood and collective security or the advent of individualism, but promote a combination of individual empowerment, organized civil society and collective services. Education should make a definite contribution, towards a

stronger sense of responsibility and awareness of the value of individual liberties and collective accomplishments, but also the cultural rights of the different ethnic groups. The fight against right wing populism and xenophobia can only be effective, if we stress the socio-economic dimension, also in the integration debate. Diversity and migration are characteristics of modern societies. But we have to try to control and streamline migratory flows, emphasising rights and obligations from all sides.

CONNECT SUSTAINABILITY

Our economic objectives need to converge with the demands of sustainability, which requires European leadership for global

action but also a solid framework for regional and local initiatives. Our program should contain concrete ways of articulating how the restructuring of the European economy towards sustainability offers the prospect of creating new jobs and improve the environment at the same time. Here, we need to link cultural attitudes and economic patterns to the fight for a more sustainable environment, with the development of a clear attitude for clean politics, and (intergenerational) solidarity and the fight against poverty and inequalities. The issue of the quality of life with its economic, social, psychological and cultural dimensions has to be of central concern for social democracy.



Mit Fraktionschef Martin Schulz

A GLOBAL ACTOR

EU policies must reinforce national and local initiatives and construct an enabling and strategic European framework for our societies. The Europe of 2020 should neither be a Super State nor only a marketplace. According to social democrats it should be a promoter and enforcer of national, regional and local efforts in sustainable economic growth, human rights inclusiveness and quality of life supplementing and supporting the necessary global efforts. This cannot be separated from the global challenges for the EU, where it needs to carve out a leadership role among a growing number of emerging global actors. Social democrats must articulate Europe's responsibility to act according to these principles globally. Because worldwide poverty is not only a shame and to fight against it is more than a moral obligation: it is also a question of long-term global security. The same is true for climate change and demographic



Mit Jan Marinus Wiersma

developments. In these fields social democrats must find one line for their domestic, European and global policies.

The Lisbon Treaty will increase the engagement of Council, Commission and Parliament to implement this responsibility. In the course of that political strategy, we should help to develop a specific European

identity, which is not to contradict national identities or be in competition to other nations or continents.

Hannes Swoboda is Member of the European Parliament for the Austrian SPÖ. He is Vice-President of the Group of Socialists and Democrats. hannes.swoboda@europarl.europa.eu

Jan Marinus Wiersma is a former Member of European Parliament for the Dutch PvdA (1994-2009) and is currently fellow at the Wiardi Beckman Foundation. contact@janmarinuswiersma.eu

The authors wish to thank Matthias Verhelst for preparing the text, and Kati Piri and Hannah Glatz for their contribution.



Mit Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky

- ¹ See: Anke Hassel (2009), 'Towards a European safety net'. In: Roger Liddle (ed.) After the crisis: A new socio-economic settlement for the EU. Policy Network, pp.129-140
- ² See: Alfred Pfaller (2009) European Social Democracy – In Need of Renewal. Friedrich Ebert Stiftung, p15.



WWW.HANNES-SWOBODA.AT